

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,00 M., monatlich 1,10 M., wöchentlich 25 Pf., frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf., Sonntagsnummer mit Illustration 10 Pf., Post-Zulage: „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2,00 Mark, für das übrige Ausland 4 Mark pro Monat. Postabonnements rechnen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Ersteinst. 1894.

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsgezeigte Kolonnenzeile oder deren Raum 60 Pf., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Berichtsinsertionen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das selbstdruckte Wort 20 Pf., (zulässig 2 Zeilen pro Wort), jedes weitere Wort 10 Pf., Stellenangebote und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf., Worte über 16 Buchstaben zählen für zwei Worte. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Wittwoch, den 9. Dezember 1914.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Schwierige Teilkämpfe im Westen. Schneller Rückzug der Russen von Lodz.

Die Schlacht in Polen.

II.

General v. Blum e schreibt vom 7. Dezember 1914:

Das russische Heer in Polen hatte auf die Nachricht von der drohenden deutschen Gegenoffensive die soeben wieder aufgenommene Vorwärtbewegung auf dem linken Flügel nahe vor der beträchtlicheren an der tschechischen und galizischen Grenze ihr gegenüberstehenden österreichisch-ungarischen Streitmacht eingestellt, mit dem rechten Flügel aber eine rückgängige Bewegung angetrieben. Zu deren Bedeckung entwickelte sich ein aus mehreren Armeekorps bestehender Teil der russischen II. Armee bei Kutno nach der rechten Flanke. Dort wurden diese Korps am 15. November von Truppen des Generals v. Mackensen angegriffen und unter Verlust von 25 000 Gefangenen in der Richtung auf Lodz zurückgeworfen. Da die Deutschen energisch nachdrängten, vermochte die russische II. Armee den ansehend beabsichtigten Weitermarsch in östlicher Richtung nicht fortzusetzen, war vielmehr genötigt, sich nördlich von Lodz, in der Linie Strykowo—Kiezdrowo—Kazimierz mit Front nach Nordwesten zur Schlacht zu stellen. Schon am 17. November abends wurde der in dieser Linie am Durchbruchspunkt der Str. 22. 10 km bis Lodz liegende Ort Jędrzej von unseren Truppen genommen, am 18. der feindliche rechte Flügel bis gegen die Straße Lodz—Brzeziny zurückgeworfen. Am 19. ging der Kampf unentschieden weiter, doch trat im Laufe dieses Tages der größte Teil der von Süden herangezogenen russischen V. Armee hinter der II. ein. Auch gegen die nunmehr vereinigten beiden feindlichen Armeen setzte der General v. Mackensen den Angriff in den nachfolgenden Tagen mit dem Erfolge fort, daß sie am 22. November in dem Raum um Lodz von Westen, Norden und Osten eng eingeschlossen waren, im Osten durch den umfassen bis in die Linie Brzeziny—Luczin (18 Kilometer südlich Lodz) vorgebrungenen linken Flügel der Deutschen.

Ehe es jedoch gelang, gegen die in dieser Weise hart bedrängten beiden russischen Armeen den letzten, entscheidenden Schlag zu führen, kam diesen von außen Hilfe durch beträchtliche Streitkräfte, die von Osten und Westen zu ihrem Entsatz in solcher Stärke anrückten, daß es unternahmlich wurde, die weit nach Süden vorgeschobenen Truppen des deutschen linken Flügels nordwärts zurückzunehmen, um sie zu offensiver oder defensiver Abwehr der neuen Gegner bereitzustellen. . . .

In der neuen Stellung boten die deutschen Truppen trotz äußerster Erschöpfung ihrer Kräfte dem nachdringenden Feinde die Spitze. Der mit großer Tapferkeit gegen die Stellung geführte Angriff der Russen brach unmittelbar vor ihr unter schwersten Verlusten zusammen.

Während dieser Vorgänge auf dem deutschen linken Flügel hatten die Kämpfe nördlich und westlich von Lodz ihren Fortgang genommen, ohne eine Entscheidung herbeizuführen. Die russischen Streitkräfte, die in der geschlossenen Weise überaus in den Kampf bei Lodz eingegriffen hatten, waren Teile einer Ersatzarmee, deren Hauptmasse in der Gegend von Lwow in der Versammlung begriffen war. Ihren Kern bildeten die Truppen Kamenkamps (I. Armee), von denen die bisher auf dem rechten Weichselufer tätig Gewesenen mit der Eisenbahn über Warschau herangeführt worden waren, während die bereits auf dem linken Ufer befindlichen, zuletzt aus der Gegend von Plock zurückgetriebenen Teile derselben Armee den Anstich durch Fußmarsch erreichten. Aber es sind zweifellos auch noch andere Truppen, unbekannt woher, dazu herangezogen worden, so daß man die Gesamtstärke der nach und nach in der Gegend von Lodz und Lwow versammelten Russen keinesfalls überschätzt, wenn man annimmt, daß sie der von 18 bis 20 deutschen Armeekorps mit zahlreicher Kavallerie gleich war.

Zwischen dieser Macht und den an Zahl erheblich schwächeren deutschen Kräften, die sich ihnen entgegengeordnet hatten, tobte nun in den letzten Tagen des Monats November und den ersten des Dezember ein überaus heftiger Kampf weiter, der zwar, in dieser Zeit rein frontal verlaufend, noch zu keiner Entscheidung führte, sich aber doch mehr und mehr für uns günstig gestaltete, wie schon daraus hervorgeht, daß die Zahl der von unseren Truppen seit Beginn ihres Vormarsches gefangenen genommenen Russen bis zum 1. Dezember auf 80 000 stieg.

Unsere österreichisch-ungarischen Bundesgenossen aber haben während dieser ganzen Zeit in treuer Waffenbrüderschaft die deutsche Offensiv- in wirksamer Weise unterstützt, indem sie gleichzeitig mit uns zum Angriff gegen die im südlichen Polen ihnen gegenüberstehenden, sehr beträchtlichen russischen Streitkräfte schritten und der feindlichen Offensiv im westlichen Galizien sowie in den Karpaten Halt geboten. Auch in ihrer Front entwickelten sich lang dauernde, blutige Kämpfe, in denen unsere Bundesgenossen, besonders bei Czernowien, bei Kowe-Madomsk und südöstlich von Krakau glänzende Gelingen erzielten. . . .

In Ostpreußen machten die Russen noch vereinzelt Versuche, unsere Grenzverteidigungslinie in der Gegend der masurenischen Seen zu durchbrechen, die aber von unseren dortigen Truppen energisch abgewiesen wurden.

Die Meldung des Großen Hauptquartiers

Amtlich. Großes Hauptquartier, den 8. Dezember 1914, vormittags. (W. T. B.)

An der flandrischen Front bereiten die durch die letzten Regengüsse verschlechterten Bodenverhältnisse den Truppenbewegungen große Schwierigkeiten. Nördlich Arras haben wir einige kleinere Fortschritte gemacht.

Das Kriegslazarett in Lille ist gestern abgebrannt. Wahrscheinlich liegt Brandstiftung vor, Verluste an Menschenleben sind aber nicht zu beklagen.

Die Behauptung der Franzosen über ein Vorwärtkommen im Argonnerwald entspricht nicht den Tatsachen; seit längerer Zeit ist dort überhaupt kein französischer Angriff mehr erfolgt, dagegen gewinnen wir fortgesetzt langsam Boden.

Bei Malancourt östlich Varennes wurde vorgestern ein französischer Stützpunkt genommen. Dabei ist der größere Teil der Besatzung gefallen, der Rest — einige Offiziere und etwa 150 Mann — wurde gefangen. Ein französischer Angriff gegen unsere Stellungen nördlich Nancy wurde gestern abgewiesen.

Im Osten liegen von der Ostpreussischen Grenze keine besonderen Nachrichten vor. In Nord-Polen folgen die deutschen Truppen dem östlich und südöstlich Lodz schnell zurückweichenden Feind unmittelbar. Außer den gestern schon gemeldeten ungewöhnlich starken blutigen Verlusten haben die Russen bisher etwa fünftausend Gefangene und sechzehn Geschütze mit Munitionswagen verloren.

In Süd-Polen hat sich nichts Besonderes ereignet.

Oberste Heeresleitung.

Vorstöß der Oesterreicher in Westgalizien.

Wien, 8. Dezember. (W. T. B.) Amtlich wird verlautbart: 8. Dezember mittags: Die Kämpfe in Westgalizien nahmen an Heftigkeit zu. Nunmehr auch vom Westen her angreifend, verjagten unsere Truppen den Feind aus seiner Stellung Dobczyse-Wieliczka. Der eigene Angriff dauert an. Die Zahl der Gefangenen läßt sich noch nicht übersehen. Bisher wurden über 5000, darunter 27 Offiziere abgegriffen.

In Polen wurden erneuerte Angriffe der Russen im Raume südwestlich Piotrkow von unseren und deutschen Truppen überall abgewiesen.

In den Karpathen hat sich nichts von Bedeutung ereignet.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabs: von Hoefler, Generalmajor.

Die Wirtschaftslage in Belgien.

Aus Amsterdam schreibt man uns: In der deutschen Presse hat man in den letzten Wochen verschiedene Berichte über die ökonomische Lage in Belgien gelesen und was im besonderen die Ernährungsfrage betrifft, haben die offiziellen Mitteilungen in der „Norddeutschen Allgemeinen“ die Gesichtspunkte und das Verfahren der deutschen Regierung dargelegt. Inbes läßt sich die Ernährungsfrage selbstverständlich nicht auf die Frage der Brotversorgung reduzieren und fordert eine Behandlung im Zusammenhang mit dem allgemeinen wirtschaftlichen Zustand. Wir haben dieser Tage Gelegenheit gehabt, von einigen über die wirtschaftliche Lage des Landes infolge ihrer Stellung und Tätigkeit gut unterrichteten Belgiern eine Reihe von Mitteilungen zu erhalten, die zusammengefaßt wohl als ein Exposé gelten können, das vielleicht stellenweise die Spuren der Bestimmungen unserer Gewährsmänner tragen mag, aber die Unterbreitung vor der deutschen Öffentlichkeit um so dringender fordert, als die Zustände, wenn die Schilderung auch im einzelnen zutraf oder Vorbehalte vorbehalten, zu ernstlich hinzutreiben scheinen, die unausdenkbare Gefahren im Gefolge haben könnten.

Allen anders lautenden Berichten zum Trost kann von einem wirtschaftlichen Aufleben im besetzten Belgien keine Rede sein. Die Hauptgründe sind die folgenden:

Zunächst die geradezu unmöglichen Verkehrsverhältnisse. (Wir sprechen hier nicht von der häufigen völligen Stilllegung jeglichen Verkehrs auf bestimmten Gebieten oder im ganzen Land, die aus militärischen Gründen verfügt wird. U. d. Ver.) Der Eisenbahnverkehr ist auf den Hauptstrecken von einer schwer vorstellbaren Langsamkeit. Für eine Reise von Brüssel nach Lüttich, hin und zurück, muß man 4-5 Tage rechnen! Von Brüssel nach Gent zu fahren, ist überhaupt unmöglich. Es werden dahin keine Wäse ausgegeben. Von einer Wiederherstellung des Postverkehrs kann man trotz der dazu gemachten Ansätze nicht sprechen. In Mons, wo sonst 56 Postbedienstete arbeiten, sind jetzt 17 beschäftigt. Die Einnahmen sind lächerlich gering. In Lüttich gibt es überhaupt keine Post. In Brüssel, wo es bisher keine Briefbestellung gibt, wollte die deutsche Verwaltung den Postdienst mit dem belgischen Personal aufnehmen, aber die Verhandlung scheiterte daran, daß nur 150 Bedienstete verlangt wurden, während in gewöhnlicher Zeit 825 Bedienstete und 250 Hilfsbedienstete beschäftigt sind. Die Angestellten stellen aber die Forderung, sämtlich eingestellt zu werden und unter ihren belgischen Beamten, wenn auch unter deutscher Kontrolle, zu arbeiten. — Der Telegraph und das lokale und interurbane Telefon sind stillgesetzt.

Wenn der Personenverkehr auf den Eisenbahnen unter der Langsamkeit und der vollkommenen Unregelmäßigkeit leidet, so der Frachtenverkehr unter dem ungeheuerlich hohen Tarif. Für eine Tonne Kohle z. B. wurde 1 Frank für den Kilometer berechnet. Derart kostete Industriekohle aus dem Hennegau, die dort mit 18 Frank bezahlt wurde, 35 Frank in Gent! Kleinbahnen bekommen leichter die Bewilligung zu geregelterm Betrieb, was der Zuckerrafinikation zugute kam. Im September begannen die Verhandlungen mit der Behörde wegen des Kohlentransports. Manche Zuckerrafinikation konnten am 10. Oktober den Betrieb beginnen, anderswo dauerte es bis zum 20. November. Die Bauern mußten unterdes die Rüben in Stos bringen.

Das geschäftliche Leben leidet auch darunter, daß kein Automobilverkehr gestattet ist, z. B. zwischen Lüttich und Brüssel, wo er in den Beziehungen der Industriellen eine bedeutende Rolle gespielt hat. Weiter haben die Behörden die Aufnahme des Postanweisungs- und Postsparschverkehrs abgelehnt.

Der großindustrielle Betrieb ist unter diesen Umständen fast unmöglich. Es gibt keine Rohstoffe. Dagegen haben die Kohlenbergwerke übergroße Vorräte und können infolge der mangelnden Abfuhr nur zwei bis drei Tage wöchentlich arbeiten. In der Glasindustrie sind alle Betriebe eingestellt. Die Metallindustrie steht still, außer bei Coquerill und in vereinzelten Betrieben in Seraing, wo die Arbeiter aber nur mit dem Reinigen der Werkstätten für einen Tagelohn von 2 Fr. beschäftigt werden. Und das geht auch nur so lange, als die Banken Kredit geben. Das einzige Geschäft, das seinen Raum nährt, ist der Nahrungsmittelhandel, und man sieht alle möglichen Leute auf Karren alle möglichen Genussmittel feilhalten.

Die Ausfuhr ist unmöglich. Eine Ausnahme bildet

Genl. Die dortige Textilindustrie arbeitete bis 15. Oktober frei für Kunden, jetzt zum Teil für Deutschland, und erhält Rohstoff — wenn auch nur für 24 Arbeitsstunden — wöchentlich. Die Preise werden durch ein deutsches Komitee festgesetzt.

Die Steinbrüche — eine in Belgien sehr wichtige Industrie — können nicht arbeiten, weil sie keine Erlaubnis zur Verwendung von Dynamit erhalten. Die Bauarbeit stockt vollständig. Schon darum, weil die Bevölkerung noch immer mit einer Erneuerung der Kämpfe im Land und mit einer Zerstörung der Gebäude rednet. Aber es fehlt auch an Ziegeln und Bauholz. Die Pferde sind requiriert oder dienen dem Personentransport. Die Möbelfabrikation steht still. Es erscheinen fast gar keine Zeitungen. Kein einziger Lithograph arbeitet. Der Antwerpener Hafen ist tot. Und es gibt keine Geldzirkulation.

Die Zahl der Arbeitslosen in der Industrie kann auf 90 Proz. veranschlagt werden. Viele arbeiten seit August nicht mehr, andere glücklicher sind seit Mitte Oktober arbeitslos geworden. Sie leben von den Gemeindefürsorgungen, manche zehren den Rest ihrer Ersparnisse auf. Die Genossenschaften mühen die Unterstützungen einzustellen, die Gewerkschaften sind erschöpft. Manche von ihnen konnten auch ihren Effektenbestand nicht realisieren, da es keinen Kurs gibt. In einem Falle gelang eine private Anleihe. Eine andere Beschäftigung zu finden, glückte nur wenigen. So arbeiten Pfasterer in Zuckerrübenfabriken, die jetzt mit doppelter Arbeiterzahl arbeiten, aber nur den halben Lohn bezahlen.

Groß ist auch die Not bei den öffentlichen Beamten. Die Mehrzahl erhält keine Bezahlung. Es ist ihnen auch von der belgischen Regierung verboten, unter der deutschen Militärbehörde zu arbeiten.

So fallen ungeheure Mengen der öffentlichen Unterstützung anheim. Diese wird teils durch Komitees, teils auch durch die Gemeinden besorgt — nämlich diejenigen, wo noch etwas Geld vorhanden ist. In Belgien haben die großen Gemeinden direkte Einnahmen aus Steuern und Abgaben, die kleinen erhalten vom Staat Summen aus dem sogenannten fond commun zugewiesen. Da aber der Staat jetzt nichts erhält, so auch die Kommune nichts. Man bedenke nun, daß zum Beispiel das Schulwesen eine Sache der Gemeinden ist. Bisher haben die Gemeinden ihre Bedürfnisse aus eigenen Mitteln bestritten, sie haben ferner dem Staat die Unterstützungen der Familien der Eingeregneten kreditiert. Sie haben aber auch einen großen Ausfall in den Einnahmen der kommunalen Regie (Gas, Elektrizität). In Brüssel bringt diese jetzt nur ein Viertel der gewöhnlichen Erträge ein.

Die öffentliche Unterstützung hat einen kaum vorstellbaren Umfang angenommen. In der Stadt Brüssel — ohne die Vorstädte — gehen von 170 000 Einwohnern über 50 000 täglich ihre Suppe holen. Ausgeteilt wird weiter Kaffee, Nahrung, Kartoffeln und Brot. Auch die Austeilung kleiner Mengen Kohle ist für die kommende Zeit vorgesehen. Infolge eines Deichbruches am Kanal von Charleroi war der Kohletransport auf diesem Wege vor drei Wochen unmöglich geworden. Wie lange dieses Hindernis noch dauern wird, ist schwer vorauszusagen. Vielleicht dauert es noch einen Monat. — Die Unterstützungsbedürftigen rekrutieren sich aus allen möglichen sozialen Gruppen. Neben Proletariern sieht man „Intellektuelle“ und manchen ehemals gutsituierten Geschäftsmann bei der Suppenausteilung.

Andere Gemeinden haben Geld geben wollen — 4 Francs für 14 Tage — aber sie werden dieses System bald einstellen müssen. Denn Requisitionen und Kriegsschätzungen fordern alle nur irgendwie ausbringbaren Geldmittel. Wie drückend diese Abgaben sind, geht daraus hervor, daß z. B. ein uns bekanntes Städtchen von 4000 Einwohnern schon vor drei Wochen für Requisitionen 380 000 Francs ausgegeben hatte.

Zu den Ursachen der Finanznot der Gemeinden gehört auch die Mietzinskrisis. Viele Hausbesitzer, die keinen Zins erhalten hatten, sind außerstande, Gemeindesteuern zu

zahlen. Dabei ergibt sich noch eine Komplikation aus der in Belgien üblichen Art der Vermietung des ganzen Hauses an einen Hauptmieter, der die von ihm nicht bewohnten Etagen weiter vermietet. Es ergibt sich nun oft der Fall, daß der Hauptmieter den Zins, den ihm die Astermieter bezahlt haben, nicht abgibt und dieser so von Ermittlung bedroht ist.

Was den wirtschaftlichen Zustand des Landes besonders schlimm gestaltet, sind die durch den Krieg herbeigeführten Zerstörungen. In den Zeitungen hat man im allgemeinen nur von den größeren Städten gesprochen. Aber im Süden der Provinz Luxemburg sind 40 Gemeinden wenigstens zur Hälfte zerstört. Stellenweise gibt es überhaupt keine agrarische Bevölkerung mehr — denn es ist nichts da, weder Behausungen, noch Kleidor, noch sonst etwas. In der Provinz Lüttich ist besonders die Hochfläche von Herbe hergenommen. In Brabant ist zwischen Tirlemont und Löwen alles zerstört. Zwischen Mecheln und Antwerpen die Hälfte der Häuser — dies auch zu militärischen Zwecken und zum Teil auch durch die Belgier. In Dinant blieben von 1400 Häusern 200 stehen. Und dann die Menschenverluste — die Geflüchteten, die Getöteten und Gefangenen.

Die Not äußert sich in verschiedenen Orten in seltsamen Erscheinungen und Einrichtungen. In Mecheln z. B. ist die Bettelerei geradezu zu einem Massenbetrieb geworden und es wird dort auch eine Taxe von Durchreisenden gefordert.

Was die Preise betrifft, die sich unter diesen Umständen ergeben, so steht das Schlimmste erst in Aussicht. Doch ist z. B. der Brotpreis in Brüssel schon von 30 bis 32 Centimes auf 40 gestiegen. Nur Fleisch ist billiger geworden, weil die Bauern das Vieh aus Mangel an Futter auf den Markt bringen, was natürlich eine Verheerung des Viehbestandes des Landes zur Folge haben wird.

Vom westlichen Kriegsschauplatz. Amtliche französische Meldungen.

Paris, 7. Dezember. (W. Z. B.) 3 Uhr nachmittags. Amtlich wird gemeldet: Im Hergebiet setzen wir die Angriffe auf einige Schützengräben fort, die der Feind auf dem linken Kanalerufer noch innehat. Aus dem Gebiet von Armenières, Arras, von der Dife und Aisne und aus den Argonnen ist nichts zu melden. Außer der allgemeinen Ueberlegenheit unserer Offensive in der Champagne errang unsere schwere Artillerie ein sehr ausgesprochenes Uebergewicht über die feindliche Artillerie. Von der Offensivfront, wo unsere Stellungen der vorangehenden Tage behauptet werden, ist nichts Neues zu melden.

Paris, 7. Dezember. (W. Z. B.) Amtliche Meldung von 11 Uhr abends. In Belgien beschossen die Deutschen Ost-Dünkirchen, vier Kilometer westlich Neuport. Zwischen Bèthune und Lens eroberten wir das Dorf Bermelles und die Stellung Rutsire, in welcher wir längs der Eisenbahnlinie stehen. Wertliches Material unserer Truppen ist im Gebiet von Courroy, Parvillers, Lucsnoy und Lucsnoy-en-Santerre festzuhalten. Weiter ist nichts zu melden.

Tagesbefehl des Königs Georg.

London, 8. Dezember. (W. Z. B.) Meldung des Reuterschen Bureaus. König Georg erließ, bevor er aus Frankreich zurückkehrte, folgenden Tagesbefehl: Es ist für mich eine Freude, meine Armee im Felde zu sehen und eine Vorstellung von dem Leben erhalten zu können, das ihr führt. Ihr habt durch Disziplin, Mut und Ausdauer die Ueberlieferungen der britischen Armee hochgehalten und ihrer Geschichte neuen Ruhm hinzugefügt. Ich kann an Euren Kämpfen, Gefahren und Erfolgen nicht teilnehmen, aber ich kann Euch die Versicherung des Stolzes, des Vertrauens und der Dankbarkeit geben, die ich und Eure Landsleute empfinden. Wir verfolgen stets in Gedanken Euren sicheren Weg zum Siege.

gruppe zu gründen, während fünf Kilometer davon die Kanonen donnerten. In Bizzen stieß er wieder zu uns; er hatte eine zehnstündige Mitternacht auf nach europäischen Begriffen unpassierbaren albanischen Straßen in den Gliedern, aber seine Augen strahlten — er hatte dem albanischen Reste einen Sozialistischen Verein geschaffen! Ein Zug lächelnder, froher Befriedigung lag auf seinem Gesicht und blickte. Es trübte sich nur auf der Heimreise, als wir von Nestub wieder nach Belgrad zurück sollten und in einem serbischen Umsteigehaus auf einen zum Platzen gefüllten Zuge gerieten, der die Teilnehmer eines Panlawawitkongresses nach Hause schleppte. Die Coupees tönten von den hohlen Schlagworten der entzündeten allslawischen Delegierten und auf dem Bahnsteige drängte sich erhitztes Großherdentum. Blüchlich tauchte auch Rusil auf, stimmte eine slawische Hymne an — und ehe wir die Köpfe aus den Fenstern brachten, tobte sich draußen eine panslawistische Menge berauscht in ihren Rationalläuzen aus. Mädchen, Frauen, Bauern, Studenten, Offiziere, alte würdige Herren mit Professorbärten — alles hatte sich bei den Händen und stampfte im Takte der chaotischen Hymne. Uns zwei aus Deutschland entlockte das komisch-neckisch wirbelnde Volk gebändigte Heiterkeit, aber Freund Tuhowitsch bekam eine betrübt lächelnde Miene und sagte wie zur Erläuterung des fanatischen Treibens: „Das arme serbische Volk. Es ist ein wackeres Volk, aber es wird von großserbischen Schreibern verrückt gemacht und am Karrenrad geführt; es erhofft alle Zukunft von der russischen Hilfe. Die großserbische Propaganda wird uns noch in einen Krieg mit Oesterreich stürzen.“

Und während draußen das Gedröhn der Blechmusik um einige Takte fanatischer und das Wirbeln um einige Grade höherer wurde, erzählte er uns mit leiser eindringlicher Schwermut, wie sehr ihn das Schicksal seines Volkes schmerze. Die wirtschaftliche Entwicklung Serbiens sei unterdrückt; die Handelsstraße nach Europa werde von mächtigen Rächern versperrt; es erhebe in landwirtschaftlichem Reichtum und brähe unter militärischen Rüstungen zusammen. Der einzige Ausweg sei der Balkanstaatenbund, die großserbische Propaganda dagegen führe in den Abgrund. Er hat recht behalten: wenn Serbien heute in den letzten Zudungen eines Verzweiflungskampfes liegt, so dankt es das zu einem starken Teile großserbischen Erzeugen. Es ist seit 1912 der dritte Krieg, in dem sich das kleine Volk verblutet — Tuhowitsch hat mit seinen pessimistischen Prophezeiungen nicht zu schwarz gesehen.

Diese politische Scharfzüchtigkeit verlieh ihm die unermüdete Ausdauer und Schwungkraft, mit denen er gegen die kriegerische Lösung der Balkanprobleme und für die friedliche Vereinigung aller Balkanvölker eintrat. Aber die auf blutige Entscheidung hindrängenden Kräfte erwiesen sich als stärker. Es ist die Tragik dieses Helden des Friedens, daß er innerhalb dreier Jahre als Offizier auf den Schlachtfeldern dreier Kriege um die Existenz seines Volkes streiten mußte. Jetzt deckt auch ihn ein Kriegergrab, ihn, der in manchem Ansturm panslawistischer Kriegsheer unerschrocken für den Frieden stritt und der in seiner feinen, topferen Menschlichkeit auf den Kon-

Das englisch-belgische Militärabkommen gegen Deutschland.

Von der Schweizer Grenze, 8. Dezember. (Z. U.) Die „Agence Havas“ meldet: Die belgische Seandtschaft veröffentlicht eine Note, in welcher die Behauptung der deutschen Presse über ein englisch-belgisches Militärabkommen gegen Deutschland dementiert wird. Das Dokument über die Besprechung zwischen dem General Ducart und dem Obersten Barnabiston beweise tatsächlich, daß Barnabiston sich darauf beschränkte zu fragen, ob Belgien imstande sei, seine Neutralität zu schützen. Der General antwortete, die belgische Armee und die Festungen würden Belgien gestatten, seine Neutralität ebenso gut gegen Frankreich wie gegen Deutschland zu verteidigen. Da die Frage der Neutralitätsverletzung ins Auge gefaßt war, sandte General Ducart einen Bericht an den belgischen Kriegsminister, der feststellte, daß die Intervention Englands bedingt sei durch die vorhergegangene Verletzung der Neutralität durch eine andere Macht, besonders Deutschland, dessen Absichten keineswegs unbekannt waren. Andererseits gehe aus den Gesprächen vom Jahre 1912 zwischen dem Obersten Briggs und dem General Jungbluth klar hervor, daß die Besprechungen einen politischen Charakter hatten und daß die Möglichkeit der Landung der Engländer in Belgien nur mit Zustimmung Belgiens ins Auge gefaßt war.

Die kanadischen Rüstungen.

London, 8. Dezember. (W. Z. B.) „Daily Telegraph“ meldet aus Toronto: Premierminister Borden hielt eine Ansprache im Empire and Canadian Club. Er sagte: Ich sandte am 1. August ein geheimes Telegramm an die britische Regierung, in dem ich den Wunsch Kanada's ausdrückte, ein Expeditionskorps zu schicken, falls Krieg ausbräche. Das Anerbieten wurde erst am 8. August angenommen. Die Rekrutierung sollte unterdessen beginnen. Binnen sechs Wochen waren 35 000 Mann zur Einschiffung bereit. Darauf wurden Vorkehrungen getroffen, weitere 35 000 aufzufüllen, die vor kurzem auf 50 000 vermehrt wurden. Sobald ein Kontingent ausgeschiedet ist, wird an dessen Stelle eine gleiche Zahl von Leuten rekrutiert. Die Presse hat die unter Waffen befindlichen Kanadier mit 100 000 Mann angegeben. Ich ziehe jedoch vor, keine Zahlen zu nennen. Wenn die Erhaltung des Reiches doppelt und dreimal soviel erforderte, werden sie gefunden werden.

Vom österreichisch-russischen Kriegsschauplatz.

Die Kämpfe in den Karpathen.

Budapest, 8. Dezember. (W. Z. B.) Halbamtlich wird gemeldet: Der in die Komitate Saros und Zemplen eingedrungene Feind befindet sich, von unseren Truppen bedrängt, überall im Rückzug. Unsere Truppen sind an mehreren Stellen bereits auf galizisches Gebiet vorgezogen. Von ungarischem Gebiete befinden sich nunmehr nur noch ein oder zwei Gemeinden in den Händen des Feindes. Das Erscheinen einer kleineren feindlichen Kolonne in Tornya im Komitat Marmaros ist überhaupt von keiner Bedeutung.

Vom österreichisch-serbischen Kriegsschauplatz.

Neugruppierung der Oesterreicher.

Wien, 8. Dezember. (W. Z. B.) Vom südlichen Kriegsschauplatz wird amtlich gemeldet: 8. Dezember. Die Umgruppierung erfolgt programmäßig. Einzelne Beruche des Gegners, dieselbe zu führen, wurden abgewiesen. Hierbei erlitt der Feind empfindliche Verluste. — Ausere Offensive südlich Belgrad schreitet günstig vorwärts, und wurden hier 14 Offiziere und 400 Mann gefangen genommen.

Erinnerungen an Tuhowitsch.

Das blutige Geschick, das jetzt auf den Schlachtfeldern über Millionen entscheidet, hat mit dem Genossen Tuhowitsch einen der Seiten aus den Reihen der internationalen Arbeiterbewegung gestrichen. Wenn die serbischen Genossen nach diesem Kriege ihre Reihen mühen, werden sie den Mann am schwerlichsten vermissen, der als agitatorischer Redner ebenso seinen Mann stellte wie hinter dem wissenschaftlichen Arbeitstisch, der dem Belgrader Parteiblat ein ebenso unersehlicher Mitarbeiter war, wie er mit der Zeitschrift Borba (Kampf) eine hochragende Standarte des Balkansozialismus schuf, und der als der Denker, der sozialistische Theoretiker der serbischen Arbeiterbewegung galt. Sein Leben war das eines politischen Kämpfers, der auf barbarischerem, feinerem Boden adert als wir im „kultivierten Europa“ gewohnt sind. Darum seien die Mitteilbilder einiger persönlicher Erinnerungen festgehalten, in denen er mir lebendig ist: Wie er uns im schlichten Redaktionszimmer des Belgrader sozialistischen Parteiblattes begrüßte, nach Landesmitte mit Kaffee à la Turque bewirtete und seine Bewunderung der deutschen Arbeiterbewegung zum Ausdruck brachte. Oder wie er in Nestub, unter orientalischem blauen Himmel, in einer bunte gemischten Versammlung mazedonischer Proletarier sprach: alle um Haupteslänge übertragend, ein Dreißiger mit klugen Augen und einer feinen, energischen Menschlichkeit.

Der heiße Sommer von 1910 brütete über Mazedonien, mein Freund und ich wollten etwas vom Pulver des albanischen Aufstandes riechen und Genosse Tuhowitsch hatte sich unserer Fahrt in Belgrad angeschlossen. Für uns war's ein Ferienabenteuer, für ihn, den Führer der Balkansozialisten, wurde es eine Agitationsreise. Die Nestuber Sozialisten hielten uns vom Bahnhof ab. Dann sahen wir im Garten des primitiven Klublokals, um uns etwa hundert sozialistische Proletarier, und über dem Gemisch von roten Türkenfenen, weißen Albanierlappen, Turbanen und europäischen Hüten ein südlich-blauer Abendhimmel. Zu dieser bulgarisch-serbisch-türkisch-griechischen Menge sprach Genosse Demetrio Tuhowitsch. Erst langsam und wie im Plauderton von mazedonischen Völkern, dann feurig-energisch vom friedlichen Nationalitätenprogramm des Balkansozialismus. Dann begann der bulgarische Genosse Joloff mit einer leidenschaftsgetränkten Ueberzeugung. Im Mondlicht glitzerten kleine leuchtende Rosetten. Sie sahen auf den Rodausglühern der Zuhörer und zeigten in weißer Schrift auf roten Grunde die wichtige Marx'sche Lösung an die Proletarier aller Länder.

Zwei Tage später machten wir uns auf den Weg nach Westen, ins albanische Bergland hinein, nach Bizzen zu, wo die anafolischen Truppen des Sultans mit den rebellierenden Albanern um die Höhenzüge der wilden Tuma kämpften. Genosse Tuhowitsch ging mit landfremden Genossen nach Nordwesten, in das albanische Netz Nitrowiza — um dort zu versuchen, eine sozialistische Orga-

greffen der internationalen Sozialdemokratie wirkte wie der Vorbote einer kommenden höheren Balkankultur.

(rg in der „Dressener Volkszeitung“).

Vandervelde als Rekrutenwerber.

Von unserem Londoner Korrespondenten.

Die belgischen Militärbehörden betreiben eine eifrige Rekrutenwerbungspropaganda unter ihren nach England geflüchteten Landsleuten. Im Dienste dieser Propaganda hat auch der sich jetzt in England aufhaltende belgische Minister Genosse Emile Vandervelde in einer großen Versammlung belgischer Flüchtlinge im Rathaus von Manchester gesprochen. Vandervelde rief alle unverheirateten belgischen Männer im Alter von 18 bis 30 Jahren auf, ihre Pflicht zu tun und sich freiwillig zum Dienst in der belgischen Armee zu melden. Er drückte ferner die Ueberzeugung aus, daß die Zeit nicht mehr fern sei, wo die belgischen Flüchtlinge in ihr eigenes Vaterland werden zurückkehren können. Es sei seine feste Ueberzeugung, daß die deutsche Armee in kurzer Zeit aus Belgien vertrieben werden werde. Es sei schmerzlich, führte Vandervelde weiter aus, von Müttern zu verlangen, daß sie ihre Söhne nach der Front schicken sollen, aber andererseits könne er es nicht verstehen, wie junge Leute ruhigen Gemütes zusehen können, wie viel ältere Männer, die Familien haben, Tag für Tag den Kampf in den Laufgräben führen, ohne ihnen zur Hilfe zu eilen. Er lobte die jungen Engländer, die sich in einem anderen Saale desselben Gebäudes soeben als Rekruten haben einschreiben lassen. Es sei ein erhebender Anblick gewesen. Diese Engländer, sagte Vandervelde, bieten sich an, nicht in erster Linie ihr eigenes Vaterland zu verteidigen, denn es sei ganz unwahrscheinlich, daß ihr Land angegriffen werden würde; ja, sollte die deutsche Armee England betreten, dann bestünde geringe Aussicht dafür, daß sie je wieder herauskäme. Diese Engländer melden sich, um für Belgien zu kämpfen und für die Sache der Freiheit und Gerechtigkeit. Sie wollen kämpfen für die Sache der kleinen Nationen, um sie zu schützen, damit sie nicht von den großen verschlungen werden, sie wollen kämpfen gegen den Militarismus im allgemeinen. Belgien sei angegriffen worden, weil es seine Ehre nicht selbstbieten wollte. Belgien habe die ganze Welt auf seiner Seite, und nirgends könne man den Namen Belgiens nennen, ohne daß den Menschen die Tränen in die Augen kommen. Die Rede, die Vandervelde französisch hielt, wurde dann ins flämische übersetzt. Sie hatte den Erfolg, daß sich so gut wie alle anwesenden jungen Belgier zum Eintritt in die Armee meldeten.

Vom österreichisch-montenegrinischen Kriegsschauplatz.

Erschöpfung Montenegros.

London, 8. Dezember. (W. T. V.) Das Reutersche Bureau meldet aus Petersburg: Der König von Montenegro telegraphierte an die „Vorposten“, daß nunmehr die dritte montenegrinische Armee auf dem Schlachtfeld aufgerieben sei. Trotzdem wollten die Montenegriner die Verteidigung des Landes fortsetzen und des Feindes Land angreifen. Der König fügt hinzu, daß die Mittel erschöpft seien und die Montenegriner für Beistand mit Geld und Material äußerst dankbar wären.

Der Seekrieg.

Minenopfer in den finnischen Schären.

Stockholm, 8. Dezember. (W. T. V.) Nach einem Telegramm des Vertreters der Svenska Gesellschaft in Manttuoto ist die ganze 18-20 Mann starke Besatzung des berunglückten Dampfers „Korra Sverige“ untergegangen.

Ein englischer Dampfer an der chilenischen Küste versenkt.

London, 8. Dezember. (W. T. V.) Das Reutersche Bureau meldet aus Santiago de Chile: Die Hafenbehörde von Papudo bei Valparaiso meldet, daß der Hilfskreuzer „Prinz Eitel“ die Besatzung des englischen Dampfers „Charcas“ an Land gesetzt hat, den es auf der Höhe von Corral versenkt hatte.

Enttäuschung der russischen Diplomatie über die Lage auf dem Balkan.

Die hochgespannten Erörterungen, die die russische Diplomatie auf die in den Hauptstädten der Balkanstaaten unternommenen Schritte der Dreierbandenmächte setzte, haben in den letzten Tagen plötzlich einer starken Enttäuschung Platz gemacht. Man hatte in Petersburg mit aller Bestimmtheit darauf gerechnet, daß Rumänien und Griechenland, im Einklang mit früheren Zusicherungen „Loschlagen“ würden, sobald die „bulgarische Gefahr“ gebannt sein würde. Wie wies ich damals darauf hin, daß diese Erwartungen mindestens sehr verfrüht seien, da die Gegenseite auf dem Balkan keineswegs durch die den Dreierbandenmächten gegebene Neutralitätserklärung Bulgariens behoben wurden. Nun wird diese Ansicht von russischer diplomatischer Seite bestätigt. Die gut unterrichtete Petersburger „Reich“ berichtet unter dem 1. Dezember:

„An die Stelle des Optimismus, der noch vor einigen Tagen aus Anlaß des zustande kommenden Balkanblocks, vor allem aber aus Anlaß des bevorstehenden aktiven Eingreifens einiger Balkanstaaten, in unseren diplomatischen Kreisen herrschte, ist jetzt eine pessimistische Auffassung der Lage getreten.“

Griechenland lehnt kategorisch alle Konzeptionen zur Wiederherstellung des Balkanbundes ab. Zu gleicher Zeit macht es, gestützt auf den Buchstaben seines Vertrages mit Serbien, keine Anstalten, Hilfstruppen nach Serbien zu senden.

Serbien, das sich noch vor kurzem geneigt zeigte, ein Kompromiß einzugehen und Bulgarien territoriale Kompensationen zu gewähren, enthielt sich in den letzten Tagen, einerseits offenbar unter dem Einfluß Griechenlands, andererseits unter dem Einfluß von Teilerfolgen bei Zusammenstößen mit den Oesterreichern, aller konkreter Hinweise auf die Konzeptionen, zu denen es geneigt wäre. Außerdem tritt immer deutlicher zutage, daß Rumänien sein aktives Einschreiten gegen Oesterreich unter den verschiedensten Vorwänden hinauszieht und fast täglich neue Bedingungen stellt.

Unter diesen Umständen glauben gut unterrichtete Diplomaten, daß erste Veränderungen in der Haltung der Balkanstaaten erst zum Frühling erwartet werden können. Indessen kann dann ein gemeinsames oder teilweises Eingreifen der Balkanstaaten vom Standpunkt des Dreierbundes sich als verspätet oder gar als überflüssig erweisen.“

Soweit der diplomatische Berichterstatter der „Reich“. Das Blatt selbst geht in seinen Folgerungen viel weiter, indem es Griechenland und Rumänien offen des Doppelspiels beschuldigt und ihnen die Schuld an dem Mißlingen des neuen Balkanbundes zuschreibt. Auch Italien wird beschuldigt, den Mißerfolg durch Hinausziehen einer Entscheidung gefördert zu haben. „Man muß annehmen — tröstet sich das Blatt — daß unsere kriegerischen Erfolge (?) in Polen, Galizien und Ungarn die neutralen Staaten zwingen werden, sich mit ihrer endgültigen Entscheidung zu beeilen. Die Unvermeidlichkeit eines entschiedenen Ueberganges auf die Seite des Dreierbundes ist (?) eigentlich schon jetzt allen klar. Es handelt sich — schließt das Blatt — ausschließlich um Zeitgewinn, um die vorgezeichneten Gebietswerbungen mit möglichst geringen Opfern zu erlangen.“

Die portugiesische Ministerkrise.

London, 8. Dezember. (W. T. V.) Die „Times“ meldet aus Lissabon: Präsident Arriaga hat den Rücktritt des Kabinetts angenommen. Man hofft, bis zur nächsten Sitzung des Kongresses am Mittwoch ein neues Ministerium bilden zu können. Es wurde folgende halbamtliche Note veröffentlicht: Sobald die Möglichkeit unserer Teilnahme an europäischen Kriegen aktuell wurde, schlug der Präsident der Republik die Abdankung des Kabinetts vor, um ein Ministerium zu bilden, das die Führer aller politischen Parteien einschließt. Diese Entschliebung wurde im Ministerrat endgültig angenommen.

Ein irischer Protest.

London, 8. Dezember. (W. T. V.) Die „Times“ melden aus Dublin: Gegen die Unterdrückung der aufrührerischen Blätter wurde eine öffentliche Protestversammlung abgehalten. Eine Kompanie der Bürgerarmee, bestehend aus Mitgliedern der Transportarbeitergewerkschaft, die mit Gewehren ausgerüstet war, diente der Versammlung als Sängwache. Der irische Gewerkschaftsführer Connolly sagte, daß die Gewehre nicht unzulässig gebrauchbar wären, wenn Polizei oder Militär versucht hätten, die Versammlung zu sprengen. Es seien Vorlesungen getroffen, um die unterdrückten Blätter in anderer Form fortzuführen. Andere Redner sprachen gegen die Rekrutierung. Alle Anwesenden wurden aufgefordert, zu geloben, daß sie nicht in die britische Armee eintreten und auch ihre Bürger nach Möglichkeit am Eintritt verhindern würden. Die Zeitsungen „Ireland“ und „Pinnawall“ haben ihr Erscheinen eingestellt.

Gegen die Zensur.

London, 8. Dezember. (W. T. V.) Die „Times“ meldet aus Washington: Hier wird wieder die englische Zensur getadelt. Die phantastische Scheintueri der britischen Behörden erregt größeres Mißtrauen gegen die britische Offenherzigkeit und Ehrlichkeit, als es irgend eine der diplomatischen Schwierigkeiten und internationalen Entfremdungen des letzten Jahrhunderts zu tun vermochte, und das, obwohl die Allgemeinheit der amerikanischen öffentlichen Meinung auf Seiten Englands ist. „World“ veröffentlicht einen Brief eines Londoner Korrespondenten, der ein weiterer Beweis für die Schädlichkeit der Zensur sei, da er den Eindruck erwecke, daß die Ungereimtheiten des Zensors nicht nur auf Mangel an Temperament, sondern auf die wirkliche Notwendigkeit, die Dinge zu verschleiern, zurückzuführen seien.

Die japanische Thronrede.

London, 8. Dezember. (W. T. V.) Das Reutersche Bureau meldet aus Tokio vom 7. Dezember: In der bei Eröffnung des Parlaments verlesenen Thronrede heißt es: Ich bin glücklich zu verstanden, daß die Freundschaft des Reiches mit den verbündeten Staaten an Herzlichkeit zunimmt. Das Bündnis mit Großbritannien und die Entente mit Frankreich und Rußland sind in der gegenwärtigen kritischen Lage durch stärkere Bande der Freundschaft fester gefügt worden. Der Friede wird im Orient allmählich wiederhergestellt. Der große Krieg ist jedoch noch nicht beendet. Ich verlasse mich auf die Loyalität und Tapferkeit meiner Untertanen und wünsche, daß das Ziel möglichst schnell erreicht wird. Die Thronrede schließt mit der Aufforderung an das Parlament, einmütig bei der Durchführung des Programms der Verwaltung zusammen zu arbeiten.

Proteste gegen die Deutschenverfolgungen in Rußland.

Immer häufiger bringt die russische Presse Proteste gegen die von den Pogromleuten inszenierte Hetze gegen die Deutschen in Rußland. Selbst die „Kowoje Brestja“ sieht sich veranlaßt, einer Juchdrift Raum zu geben, die energisch gegen die Deutschenhetze dieser Zeitungen protestiert und mit der Bemerkung schließt, daß „Menschen, die ihre Feder gegen diese Unglücklichen mißbrauchen, nicht wert sind, Schriftsteller und Christen genannt zu werden.“

Wichtiger sind die Proteste gegen die geplante Enteignung des deutschen Grundbesitzes. Aus Simferopol haben sich die Vertreter der Kreditgesellschaften an die Regierung mit dem Hinweis gewendet, daß diese Maßnahme sie zugrunde richten könne, da der deutsche Grundbesitz bei ihnen verpfändet sei. Aus Taurien ist eine Deputation verschiedener Gesellschaften, darunter auch Vertreter des Adels, der Landratsverwaltung usw., nach Petersburg gekommen, um die Regierung darauf aufmerksam zu machen, daß durch diese Maßnahme das ganze Gouvernement schwer geschädigt werden muß. In der „Reich“ vom 18. November erhebt auch der Vizepräsident der Oktoberistenpartei, Prof. Lindemann, Protest gegen diese Maßnahme und weist darauf hin, daß die deutschen Kolonisten sich ganz russisch fühlen und bedeutende Unterstüßungen für den Krieg und für die Verwundeten geleistet haben.

Dum-Dum-Geschosse.

Amtlich, Berlin, 8. Dezember. (W. T. V.) Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt unter der Ueberschrift „Dum-Dum-Geschosse“:

In ausländischen Zeitungen ist behauptet worden, daß die für die deutsche Armee in die ausgegebenen Patronen Dum-Dum-Geschosse seien. Mit demselben Recht oder vielmehr Unrecht könnte man die Behauptung auch für das niederländische Heer aufstellen, denn dieses erhält ganz gleichartige, von der niederländischen Heeresverwaltung ausgegebene Munition. Für die deutsche Armee in die ausgegebenen Patronen sind die dum-dum-Geschosse in der Vorrichtung der Patronen mit einem harten Kern versehen; ihre vorrichtungsmäßige Anfertigung wird durch peinliche Prüfung seitens der militärischen Abnahmekommission verbürgt. Diese dum-dum-Geschosse sind — ebenso wie die im niederländischen Heere eingeführten — an der Spitze etwas abgeflumpt. Wie die Erfahrung und zahlreiche Versuche ergeben haben, deformieren sich solche Geschosse beim Auftreffen im Körper nicht.

Sie entsprechen durchaus den Vorschriften des Kriegsdrecks. Diese verbieten beinahe, Geschosse zu verwenden, die sich leicht in menschlichen Körper ausdehnen oder plattdrücken, derart, wie die Geschosse mit hartem Kern, der den Kern nicht ganz umhüllt oder mit Einschnitten versehen ist. So ist es in der auf der ersten Haager Friedenskonferenz vereinbarten Erklärung vom 29. Juli 1864 bestimmt. Dazu tritt die Bestimmung der auf den Haager Friedenskonferenzen ausgearbeiteten Landkriegsordnung Nr. 23. monach der Gebrauch von Geschossen verboten ist, die geeignet sind, unnötige Leiden zu verursachen. Alles dies trifft auf die im deutschen und im niederländischen Heere eingeführten dum-dum-Geschosse mit abgeflumpter Spitze in keiner Weise zu. Uebrigens haben auch die Patronen zum russischen Armeerevolver einen Stahlmantel mit abgeplatteter Spitze. In einem Fall soll bei einem deutschen Offizier, der in Gefangenschaft geraten ist, eine Schachtel mit Dum-Dum-Patronen gefunden worden sein, die angeblich nach dem Aufbruch auf der Schachtel von den Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken in Karlsruhe zur Mauer-Selbstladebüchse Kaliber 7,63 Millimeter angefertigt waren. Die Mauer-Selbstladebüchse ist durchaus nicht die eingeführte deutsche Armeewaffe; sie wird aber wie jedes andere Wirtelmodell in Deutschland vielfach von Privatleuten zum Scheibenschießen, in den Kolonien auch zur Abwehr von Raubwild benutzt. Für diese Zwecke werden in Friedenszeiten häufig Teilmantel- oder Lochgeschosse verwendet, um auf der Jagd wirksamere Verwundungen zu erzielen und das Hintergelände nicht zu gefährden oder um auf Schwelbenden die Durchschlagwirkung gegen die Schugblenden abzuschwächen. Vereinzelt mag ein Angehöriger des deutschen Heeres vorschriftswidrig statt der vorgeschriebenen deutschen Armeepistole, eine Mauer-Selbstladebüchse, die er in seinem Privatbesitz hatte, ins Feld mitgenommen und möglicherweise dazu verwendet haben, und würde die schärfste Mißbilligung der deutschen Heeresverwaltung finden; dieser selbst könnte aber selbstverständlich kein Verfaulden daran zugeschrieben werden.

Auf welcher Seite der kriegführenden Parteien völkerrrechtswidrige Geschosse im Kampfe verwendet worden sind, die offensichtlich im Dienstwege an die Truppen gelangt waren, ist schon oft genug dargelegt worden. Wir behalten uns vor, demnächst weiteres hierzu mitzuteilen.

Kriegsbekanntmachungen.

Fahrgeldermäßigung zum Besuch Verwundeter.

Amtlich, Berlin, 8. Dezember. (W. T. V.) Die zum Besuche kranker und verwundeter deutscher Krieger vorgegebene Fahrgeldermäßigung wird nunmehr auch bei Reisen bis zu den deutsch-österreichischen Grenzstationen gewährt, wenn die zu Besuchenden in österreichischen oder ungarischen Lazaretten liegen. Ferner ist die

Fahrgeldermäßigung auch auf Reisen ausgedehnt worden, die im Falle des Ablebens kranker oder verwundeter Krieger zu ihrer Beerdigung von Angehörigen unternommen werden.

Politische Uebersicht.

Eine Aktion des Wehrvereins.

Am Sonnabend hat im Abgeordnetenhaus eine Mitgliederversammlung des Deutschen Wehrvereins stattgefunden, die sich u. a. mit den Zielen des Krieges beschäftigte: „Wir brauchen Raum und Luft, um unser deutsches Volkstum weiter auszubauen. Die Zeit der Rücksichten ist vorbei! Schonungslos auf unsere Interessen bedacht, müssen wir und werden wir den Frieden diktieren. Nur ein Frieden darf in Frage kommen, der die dauernde führende Weltstellung Deutschlands gewährleistet.“ Und in diesem Sinne ist auch die Resolution, die einstimmig angenommen wurde, gehalten:

1. Wir Deutschen können keinen Weltfrieden mit unseren Feinden einsehen hinsichtlich der Gemeinheit der Kriegführung und der Mißachtung des Völkerrchts. Wohl aber fordern wir unverzügliche, gerechte, strenge und wirkungsvolle Vergeltung alles uns zugefügten Unrechts.

2. Auf den Gebieten der Verwundetenfürsorge, des Liebesgabenwesens und der Fürsorge für die Familien unserer im Felde stehenden Brüder bestehen viele Mängel, deren tunlichste Beseitigung dringend erforderlich ist.

3. Im Einverständnis mit dem ganzen deutschen Volke, im Namen unserer gefallenen Brüder und auf Grund auch von Erklärungen der höchsten Stellen des Reiches verwerfen wir jede vorzeitige Friedensabhandlung. Das deutsche Volk verlangt, daß der Krieg schonungslos durchgeführt werde, bis die verbrecherischen Friedensbrecher niedergeworfen und unsere Bedingungen anzunehmen gezwungen sind.

4. Diese Bedingungen müssen den vom deutschen Volke gebrachten unerhörten Opfern entsprechen und unseren Feinden die Macht nehmen, uns von neuem zu bekriegen.

5. England, Frankreich und Rußland müssen derart geschwächt werden, daß sie künftig für den Weltfrieden ungefährlich sind.

6. Die durch den Krieg herbeigeführte gesunde Entwicklung des deutschen Volkes ist mit allen Kräften weiterzuführen, insbesondere hinsichtlich der sozialen Einigung, der ländlichen Beschäftigung und unserer geistigen, sittlichen und künstlerischen Wiedergeburt. Unerlässlich ist die dauernde, weitestgehende Kriegsbereitschaft unseres Volkes.“

Daß hinter dem Wehrverein einflußreiche und mächtige Kreise stehen, ist richtig; aber es stimmt absolut nicht, daß er im Einverständnis mit dem ganzen deutschen Volke sprechen kann.

Die Reichstagswahlwahl in Pinneberg-Elmsborn.

Für das durch den Tod des Abg. Dr. Prabant erledigte Reichstagsmandat im Wahlkreis Pinneberg-Elmsborn haben die Fortschrittler den Stadtrat Carlens-Elmsborn aufgestellt. Die Fortschrittler rechnen darauf, daß ihnen der Wahlkreis jetzt nicht streitig gemacht wird, weil sie auch im dritten Hamburger Wahlkreis, der durch den Tod Weggers erledigt ist, von einer Beteiligung am Wahlkampf absehen. Carlens hat dem Reichstag bereits von 1903 bis 1906 angehört.

Wieder eine erledigte Legende.

Trotzdem wiederholt festgestellt wurde, daß die Gerüchte über Verschüttelung von Soldaten — ausgekostete Augen, abgehakte Hände usw. — nichts als halloises Gerede sind, tauchen sie, oft in etwas veränderter Form, immer wieder auf. So ist neuerdings behauptet worden, daß in Kopenhagen ein elternloses belgisches Kind eingetroffen sei, dem von deutschen Soldaten die Hände abgehakt wurden. Trotz aller Bemühungen konnte aber das Mädchen nicht aufgefunden werden. Nun hat sich, wie dem „Total-Anzeiger“ aus Kopenhagen telegraphiert wird, der dortige belgische Gesandte zu der Geschichte einem Journalisten gegenüber geäußert. Er erklärte, er habe von dem Mädchen mit den abgehakten Händen von hundert verschiedenen Seiten gehört. Es wurde nur erzählt, daß es in Kopenhagen eingetroffen sei. Wir haben Unterstellungen nach ihm ange stellt, suchten nach ausgegebenen Adressen, fragten bei der Polizei und im Strüppelheim an, haben aber keine Spur von ihm entdecken können. Gerade herausgesprochen, betrachte ich die ganze Geschichte als eine Erfindung.“

Cholerafälle in Oberschlesien.

Nach einer Mitteilung des „Reichsboten“ waren in Oberschlesien bisher 26 Erkrankungen an Cholera zu verzeichnen. Es handelte sich dabei namentlich um Angehörige der österreichisch-ungarischen Armee oder um Fußkente, die im Dienste dieser Armeen stehen. In der Woche vom 8.—14. November waren 3 Fälle, in der Woche vom 15.—21. November 17, in der Woche vom 22.—28. November 16 Erkrankungen gemeldet. In einem Falle handelte es sich um einen deutschen Bahnhofsarbeiter. In Oesterreich sind nach der gleichen Quelle in der Woche vom 1.—7. November 844 Erkrankungen, darunter 381 Todesfälle festgestellt; in Ungarn 582 Fälle.

Begnadigung zurückkehrender Fahnenflüchtiger.

Der Kaiser hat, wie im „Armeeverordnungsblatt“ bekanntgegeben wird, genehmigt, daß die Verurteilung der dreimonatigen Frist, die in den Erlassen vom 12. und 29. August 1914, betreffend Begnadigung zurückkehrender Fremdenlegionäre und sonstiger Fahnenflüchtiger, sowie der wegen Wehrpflichtverletzung Verurteilten vorgesehen ist, kein Hindernis der Begnadigung sein soll, wenn die Einhaltung der Frist nicht ausführbar war.

Neue Revolution in Mexiko.

London, 8. Dezember. Das Reutersche Bureau meldet aus El Paso: In Mexiko hat eine neue Revolution begonnen. Es wurde ein Aufruf verbreitet, in dem die Generale Salazar und Campa, die während der Herrschaft Huertas leitende Stellungen inne hatten, Villa und Carranza an den Branger stellen. Sie räumen sich, überall in der Republik Anhänger zu besitzen. Die beiden Generale sollen an der Spitze von Truppen in Chihuahua stehen.

Letzte Nachrichten.

Einberufung der französischen Jahresklasse 1916.

Paris, 8. Dezember. (W. T. V.) Der „Temps“ meldet: Die Einberufung der Jahresklasse 1916 wird voraussichtlich am 20. März 1915 erfolgen.

Heute Mittwoch, den 9. Dezember: Zahlabend in Groß-Berlin.

Verlustlisten.

Die Verlustliste Nr. 86 der preussischen Armee enthält Verluste der folgenden Truppen:

- General-Kommando des 9. Reservekorps 1. und 2. Garde-Reg.; 2. Garde-Inf.-Reg.; Garde-Gren.-Regiment Alexander und Franz; 4. und 5. Garde-Reg.; Garde-Gren.-Regiment Nr. 6; Gren.-Regiment Nr. 1, 2; Inf.-Reg. Nr. 2, 8; Gren.-, Inf.-, Gren.- und Landw.-Inf.-Reg. Nr. 4; Landw.-Inf.-Regiment Nr. 5, 7; Brig.-Inf.-Bat. Nr. 7; Gren.- und Landw.-Inf.-Reg. Nr. 9; Brig.-Inf.-Bat. Nr. 9; Inf.-Reg. Nr. 10; Brig.-Inf.-Bat. Nr. 10; Inf.-Reg. Nr. 13; Inf.- und Inf.-Regiment Nr. 15, 16; Landw.-Inf.-Regiment Nr. 18, 19; Inf.- und Inf.-Reg. Nr. 20; Inf.- und Landw.-Inf.-Reg. Nr. 22; Inf.- und Inf.-Reg. Nr. 23; Inf.-, Inf.- und Landw.-Inf.-Reg. Nr. 24; Brig.-Inf.-Bat. Nr. 26; Inf.-Regiment Nr. 30, 31; Inf.-Regiment Nr. 33, 34, 35; Inf.-Reg. Nr. 36; Brig.-Inf.-Bat. Nr. 35; Inf.-, Inf.- und Landw.-Inf.-Reg. Nr. 37, 38; Inf.-Reg. Nr. 38; Brig.-Inf.-Bat. Nr. 39; Inf.-Reg. Nr. 40; Inf.-Regiment Nr. 41, 42; Brig.-Inf.-Bataillone Nr. 43, 44; Inf.-Regiment Nr. 45, 46; Landw.-Inf.-Reg. Nr. 47; Inf.-Reg. Nr. 48; Inf.- und Inf.-Reg. Nr. 49; Brig.-Inf.-Bat. Nr. 50; Inf.- und Inf.-Reg. Nr. 51; Inf.- und Landw.-Inf.-Reg. Nr. 52; Inf.-Reg. Nr. 53; Brig.-Inf.-Bat. Nr. 54; Inf.- und Inf.-Reg. Nr. 57; Inf.-Regiment Nr. 58, 59, 64; Inf.-Regiment Nr. 64, 65; Inf.-Regiment Nr. 66, 67, 68; Landw.-Inf.-Reg. Nr. 68; Inf.-Regiment Nr. 69, 70, 72; Landw.-Inf.-Regiment Nr. 73, 75; Inf.-Reg. Nr. 76; Inf.- und Inf.-Reg. Nr. 77; Inf.- und Landw.-Inf.-Reg. Nr. 80; Brig.-Inf.-Bat. Nr. 80; Inf.-Regiment Nr. 81, 82; Inf.-Reg. Nr. 82; Inf.- und Inf.-Regiment Nr. 83, 87; Inf.-Reg. Nr. 88; Gren.-Reg. Nr. 89; Inf.- und Inf.-Regiment Nr. 92, 93; Inf.-Regiment Nr. 111, 118, 120; Inf.-Reg. Nr. 130; Inf.-Regiment Nr. 131, 136, 137, 140, 149, 161, 163, 168, 180; Inf.-Regiment Nr. 201, 203, 204, 221, 283, 290, 298; Landw.-Bataillone Alenstein II und III, Friedberg i. Hess., Gnesen, Gölzig II, Kottowitz II, Reustrelitz, Nobles Er.-Bat. Reuter der Landw.-Div. Königsberg i. Pr.; Inf.-Jäger-Bataillon Nr. 4; Jäger-Bat. Nr. 7; Inf.-Jäger-Bataillone Nr. 7, 9; Inf.-Festungs-Mischregiment Nr. 3.

- 1. Garde-Dragoonen- und 1. Garde-Flan.-Reg.; Dragoner-Regiment Nr. 2; Gren.-Reg. zu Pferde Nr. 3; Dragoner-Regiment Nr. 12, 14, 15, 18 (siehe Ref.-Ausf.-Reg. Nr. 8); Ref.-Ausf.-Regiment Nr. 6, 9; Inf.-Reg. Nr. 18; Ref.-Flan.-Reg. Nr. 4; Flan.-Reg. Nr. 12; Jäger-Reg. zu Pferde Nr. 10; 1. Landw.-Eskadron des I. und III. Armeekorps.

- Feldart.-Reg. Nr. 6; Ref.-Feldart.-Regiment Nr. 9, 17; Feldart.-Regiment Nr. 18, 19, 22, 23, 40, 54, 57, 68, 82.

- 1. Garde-Füsilier-Reg.; 2. Garde-Ref.-Füsilier-Reg. (siehe leichte Halb-Munitionskolonnen Schütz des 20. Armeekorps; Füsilier- und Ref.-Füsilier-Reg. Nr. 1; Füsilier-Reg. Nr. 5, siehe leichte Halb-Munitionskolonnen Schütz des 20. Armeekorps; Ref.-Füsilier-Reg. Nr. 5; Füsilier-Reg. Nr. 10; Ref.-Füsilier-Reg. Nr. 13; Füsilier-Regiment Nr. 20.

- 1. Pion.-Bat. Nr. 2, 9, 14; II. Pion.-Bat. Nr. 14; I. Pion.-Bat. Nr. 15; Pion.-Erf.-Bat. Nr. 17; Pion.-Regiment Nr. 23, 24, 26, 29; Ref.-Pion.-Kompanien Nr. 43, 52.

- Ref.-Eisenbahn-Bauloop. Nr. 18; Fernsprech.-Abt. des 9. Reservekorps; Etappen-Kraftwagenkolonne Nr. 25 und Etappen-Kraftwagenpark der I. Etappen-Inspr.

- Inf.-Munitionskolonnen Nr. 2 der Garde-Erf.-Div.: Artillerie-Munitionskolonnen Nr. 5 des 18. Armeekorps; leichte Halb-Munitionskolonnen Schütz des 20. Armeekorps; Ref.-Art.-Munitionskolonnen Nr. 60 des 26. Reservekorps; Etappen-Munitionskolonnen Nr. 34.

- Kriegslazarett-Abt. Nr. 47 der Etappen-Inspr. Berlin; Feldlazarett Nr. 2 der Garde- und 8. Erf.-Div.; Festungs-Hauptlazarett Königsberg i. Pr.; Festungslazarett Müllau.

- Ref.-Div.-Brüdertroupe Nr. 43; Ref.-Führer-Kolonnen Nr. 3 des 4. Reservekorps; Feldbäckerei-Kolonnen Nr. 2 des 11. Armeekorps; Landw.-Feldbäckerei-Kolonnen Nr. 2 des 6. Armeekorps; Ref.-Bäckerei-Kolonnen Nr. 15 des 18. Reservekorps.

- Die bayerischen Verlustlisten Nr. 104, 105 und 106 melden Verluste des 9. Inf.-Reg. Augsburg; Ref.-Inf.-Reg. Nr. 15; Landw.-Inf.-Reg. Nr. 12; 2. Chevaulegers-Reg. Regensburg; 3. Chevaulegers-Reg. Straubing; 4. Chevaulegers-Reg. Augsburg; 7. Chevaulegers-Reg. Straubing; 2. Pion.-Bat. Eger; Eisenbahnbetriebsarbeiter-Komp. Nr. 2; Landw.-Eisenbahnbau-Komp.; 17. Inf.-Reg. Germersheim; Ref.-Inf.-Reg. Nr. 13; I. Feldart.-Reg.; 2. Feldart.-Reg. Nürnberg; 1. San.-Komp. I. Armeekorps; 2. San.-Komp. I. Armeekorps; 1. San.-Komp. III. Armeekorps; 2. San.-Komp. III. Armeekorps; 2. San.-Komp. II. Armeekorps; 1. Ref.-San.-Komp.; 5. Ref.-San.-Komp.; 6. Inf.-Reg. Bamberg; 23. Inf.-Reg. Germersheim; Ref.-Inf.-Reg. Nr. 2.

- Die sächsischen Verlustlisten Nr. 71 veröffentlicht die Verluste der 82. Div.

- 2. Gren.-Reg. Nr. 101 Dresden; 8. Inf.-Reg. Nr. 102 Bittau; Landw.-Inf.-Reg. Nr. 102; 6. Inf.-Reg. Nr. 104 Chemnitz; 7. Inf.-Reg. Nr. 106 Leipzig; 8. Inf.-Reg. Nr. 103 Jönkau; 14. Inf.-Reg. Nr. 179 Reichenh. Burgun, Leipzig; 16. Inf.-Reg. Nr. 182 Freiberg und Truppenübungsplatz Könnigsd.; Ref.-Inf.-Reg. Nr. 24; Ref.-Inf.-Reg. Nr. 244.

- 1. Pion.-Bat. Nr. 22 Rfa. Die württembergische Verlustliste Nr. 72 enthält Verluste der Ref.-Inf.-Regiment Nr. 246, 247.

Gemeinde und Kriegshilfe.

Für die außerhalb des Wirkungsbereiches der Berliner Gewerkschaftskommissionen gehaltenen Teile der Kreise Niederbarnim und Teltow-See-Low tagte am Sonntag, den 6. Dezember, eine von Partei- und Gewerkschaftsgemeinschaften einberufene Funktionärkonferenz.

Auf der Tagesordnung der sehr zahlreich besuchten Konferenz stand als erster Punkt: „Die kommunale Arbeitslosenfürsorge“. Hierzu hielt der Leiter der Gewerkschaft Genosse Bernide. In dem sehr eingehenden Vortrage wies derselbe nach, daß unbeschadet unserer prinzipiellen Ablehnung auf Schaffung einer Reichs-Arbeitslosenversicherung doch zurzeit die dringende Pflicht jedes Arbeitervertreters in den einzelnen Städten und Gemeinden auf Einführung einer kommunalen Arbeitslosenversicherung hinzuwirken. Als besonders wertvoll sei das Center-System zu empfehlen. Als Beschlüsse der Konferenz wurde einstimmig angenommen: 1. Funktionäre der Partei und Gewerkschaften in den Kreisen Teltow-See-Low und Niederbarnim verpflichten sich, in allen Gemeinden in denen die kommunale Arbeitslosenunterstützung noch

nicht durchgeführt ist, unverzüglich Anträge zur Einführung dieser Unterstützung an die Gemeindevertretungen zu stellen.

In den Gemeinden, in welchen bereits solche Anträge abgelehnt wurden, sind erneut Anträge zu stellen.

Beim 2. Punkt: „Die Kriegsunterstützung“ behandelte der Parteisekretär Genosse Groger als Referent insbesondere die Frage der „Bedürftigkeit“ sowie die mit der Unterstützung im Zusammenhang stehenden neuesten Erlasse. Nachdem noch von verschiedenen Rednern die Nützlichkeit einzelner Gemeinden geschildert wurde, nahm die Konferenz nachstehende, vom Referenten vorgelegte Resolution einstimmig an:

1. Die jetzt ontrenden Funktionäre der örtlichen Partei- und Gewerkschaftsorganisation haben die Pflicht, der Ausführung und Handhabung des in Betracht kommenden Unterstützungsgesetzes durch die unteren Verwaltungsorgane ihre größte Aufmerksamkeit zu schenken.

2. Jeder Unterstützungsfall, der ihnen als Verstoß gegen die Unterstützungsgeetze erscheint, muß sorgfältig registriert werden. Es sind genaue Recherchen über die finanziellen, Erwerbs- und allgemeinen Verhältnisse der in Mittelstandschaft gezogenen Familienangehörigen der Kriegsteilnehmer anzustellen.

3. Das gesammelte Material ist den Kreissekretariaten (für Teltow-See-Low an Max Groger, Berlin SW 68, Lindenstr. 8, und für Niederbarnim an Paul Brühl, Berlin O. 112, Neue Bahnhofstraße 81) schnellstens zur weiteren Erledigung zu überweisen.

Zum 3. Punkt: „Die Höchstpreise der Lebensmittel“ hatte der Reichstagsabgeordnete Genosse Hermann Kollmann das Referat übernommen. In dem mit großem Beifall aufgenommenen Referat wies derselbe auf der Hand reichen Lebensmittel nach, daß es unmöglich sei, Deutschland auszuhebeln. Zum großen Teil entspringen die unglaublich hohen Preise einzelner Lebensmittel dem unvernünftigen Verhalten eines Teiles der Bevölkerung. Das Zurückhalten von Brotgetreide und Kartoffeln durch Produzenten und Spekulanten sei darauf zurückzuführen, daß erstens bei den festgesetzten Höchstpreisen leider eine halbmonatliche Steigerung der Preise vorgehien sei, zweitens dadurch, daß ein Verkaufszwang für die Verkäufer besteht.

Es sei dringende Pflicht, das Versäumnis nachzuholen. Redner empfiehlt ferner, daß jeder, der Laubensand, Gartenland usw. besitze, das Land zur Bestellung von Frühgemüse ausnutze, um dadurch dem Mangel an Hülsenfrüchten mit abzuwehren.

Pflicht eines jeden, besonders der Hausfrauen, sei es, nur das zum Leben notwendige einzukaufen. Zum Schluß verpflichteten sich die Teilnehmer, entsprechend den angenommenen Resolutionen in ihren Orten zu wirken.

Aus Groß-Berlin. Kriegsbildersammlung der königlichen Bibliothek.

Die Kriegsbildersammlung der königlichen Bibliothek, die kurz nach Ausbruch des Krieges auf Veranlassung und Anregung von Erzherzog von Harnack eingeleitet wurde, dürfte eine der interessantesten kriegshistorischen Sammlungen werden. Es sind für dieselben mehrere besondere Abteilungen in Aussicht genommen, wie z. B.: a) Photographische Sammlungen aus Feindesland, b) Feldpostbriefe und familiäre fremdlandische Briefe, c) Weisungsbefehle, d) Gefechts- und Schlachtendarstellungen, e) Luftschlachten, Aeroplan, Flugzeuglampen, f) Patrouillenerlebnisse, g) Belagerungen von Festungen, Forts usw., h) Personalphotographien, i) Bilder aus dem Lazarettleben.

Die Einsendungen erfolgen namentlich aus den Kreisen der im Felde stehenden Studierenden und des Offizierkorps. Nach einem bestimmten Plan werden sämtliche Photographien und andere Einblendungen geprüft, damit Unwahrscheinlichkeiten und Falschfunde tunlichst vermieden und nach dem offiziellen Schluß der Sammlung ein genaues und übersichtliches Register angelegt werden kann. Jede Photographie, jedes Bild und jeder Brief oder andere aus dem Feindeslande stammende Mitteilung, die bei der Kriegsbildersammlung der königlichen Bibliothek eingeht, muß ordnungsgemäß Name und Adresse des Einsenders und Datum, Ort der Aufnahme oder der Herstellung tragen.

Aufnahme in die Rekrutierungskammrolle.

Im „Reichsanzeiger“ wird folgende Bekanntmachung der Ersatzkommission der Aushebungsbezirke Berlins veröffentlicht: „Die im Jahre 1895 geborenen und die älteren jungen Männer, über deren Militärverhältnis noch keine endgültige Entscheidung getroffen ist, haben sich zur Aufnahme in die Rekrutierungskammrolle in der Zeit vom 1. bis 15. Dezember, von vormittags 8 bis nachmittags 7 Uhr (Sonntags nur vormittags), im Geschäftsraum ihres Polizeireviere persönlich zu melden und ihre Geburts- oder Musterungsausweise usw. mitzubringen. Vorübergehend abwesende Militärpflichtige sind von ihren Eltern, Vormündern, Lehr-, Brot- oder Fabrikherren anzumelden. Wer die Anmeldung versäumt, wird mit einer Geldstrafe bis zu 20 Mk. oder mit Haft bis zu drei Tagen bestraft. Anträge auf Zurückstellung oder Befreiung von der Aushebung sind vor dem Musterungsgeschäft, spätestens aber im Musterungstermin anzubringen.“

Der städtische Friedhof in der Seestraße.

Der städtische Friedhof in der Seestraße — frühere Charité-Friedhof — soll in Zukunft im fiskalischen Interesse mehr ausgenutzt werden. Da nur noch eine beschränkte Zahl von Grabstellen zu verkaufen sind, so sollen von nun an keine Reihengräber mehr vergeben werden, sondern nur sogenannte Wahlstellen. Der Tarif für Wahlstellen ist höher als der für Reihengräber. Die Wohnnahme läßt also darauf hinaus, daß derjenige, der das größere Vermögen hat, seine Angehörigen in größerer Nähe der Stadt beerdigen lassen kann, während Minderbemittelte ihre Toten weiter hinaus bringen müssen. Eine solche Verwertung städtischen Grund und Bodens einiger Mark willens widerspricht den Grundsätzen einer liberalen Gemeindeverwaltung. Die Gemeinde sollte ihren Grund und Boden nicht im Sinne von Terrainspekulanten verwenden; immer sollte die Rücksicht auf die Bürgerchaft maßgebend sein. Jetzt aber rechnet man nur mit einer bestimmten Klasse der

Bevölkerung, nämlich mit der zahlungsfähigeren. Das ist nicht richtig.

Berlins Bevölkerungsrückgang.

Auch im dritten Kriegsmonat hat in Berlin, wie die jetzt für Oktober abgeschlossenen Berechnungen des Statistischen Amtes ergeben, der durch den Ausbruch des Krieges verursachte außerordentliche Bevölkerungsrückgang noch fortgedauert. Die Bevölkerungszahl wurde durch Fortschreibung berechnet für Anfang August mit 2 053 302, für Anfang September mit nur 2 010 380, für Anfang Oktober mit nur noch 1 993 379 und weiter für Anfang November mit nur noch 1 979 933, so daß der Rückgang beträgt für Monat August 42 722, für Monat September 17 201, für Monat Oktober 13 446, für die drei Monate zusammen 73 369. Ein mäßiger Bevölkerungsrückgang zeigt sich ja in Berlin alljährlich besonders in den Sommermonaten infolge vieler Wegzüge, der Oktober aber brachte sonst meist einen Ueberfluß von Zugzügen und mit ihm wieder eine Mehrung der Bevölkerung. Für den diesjährigen Oktober wird zu dem auf fallenden Bevölkerungsrückgang, wie auch schon für September und für August, vom Statistischen Amt wieder darauf hingewiesen, daß diese Erweichung durchaus eine Folge der Einberufungen zum Heer ist. In den drei Monaten war an dem Minus beteiligt das weibliche Geschlecht mit nur 603, 1883, 2263, zusammen 4589, aber das männliche Geschlecht mit 42 119, 15 518, 11 183, zusammen 68 830.

Warnung vor einem Petroleumhändler.

Den vorübergehenden Petroleummangel nützt neuerdings ein Schwindler aus. Er sucht kleinere Händler auf und gibt sich als Vertreter irgendeiner Petroleumgesellschaft aus. Er spiegelt dann seinen Opfern vor, daß er in kurzer Zeit größere Quantitäten Petroleum liefern könne, doch müsse Vorauszahlung erfolgen. Da der Mann äußerst sicher auftritt und auch mit Schriftstücken manipuliert, so glaubt man ihm meist und zahlt die gewünschte Summe. Die Händler warten dann vergebens auf das Eintreffen der Petroleumsendungen. Der Gauner wird als ein Mann in den mittleren Jahren mit dunklem Schnurbart, dunklem Haar und blaßem Gesicht beschrieben. Es ist somit angebracht, wenn die Händler bei dem Einkauf von Petroleumvorräten gegenwärtig recht vorsichtig zu Werke gehen.

Vom „Gefinderecht“.

Wie weit gegenüber einem Dienstmädchen die Herrschaft in der Aufrechterhaltung ihrer Autorität gehen darf, diese Frage wurde in einer vor dem Amtsgericht Charlottenburg gestern verhandelten Strafsache erörtert.

Ein Fräulein Ritter war angeklagt, den Dienst bei den Professoren Manzelischen Eheleuten am 23. Februar ohne gesetzlichen Grund verlassen und hierdurch die Gefindeordnung zu verletzen zu haben. Wegen eines auf Anzeige der Frau Professor vorgehängten richterlichen Strafbefehls von 15 Mark hatte das Mädchen Weisung erhalten, so daß nun das Schöffengericht entscheiden mußte. Die Angeklagte hatte gemeint, berechtigt zu sofortigem Verlassen des Dienstes zu sein, weil sie nach verspäteter Heimkehr über Nacht ausgesperrt worden sei.

Frau Prof. Manzel, vor Gericht als Zeugin vernommen, gab zu, daß sie für die Nacht vom 22. zum 23. Februar den Wächter angewiesen habe, dem etwa zu spät heimkehrenden Mädchen nicht die Tür aufzuschließen. Gel. Ritter habe an vier vorhergehenden Tagen ohne Einholung einer Erlaubnis das Haus verlassen, um für ihre zum 1. März geländigte Stellung sich eine neue zu suchen und sei jedesmal bis in die Nacht weggeblieben. Für den Wiederholungsfall sei ihr Aussperrung angedroht worden, auch sei ihr zum nächsten Sonntag (22. Februar), der sonst Ausgehetag gewesen wäre, nun keine Ausgehelaubnis mehr gegeben worden. Als sie dennoch am Sonntag ausging, beschloß die Frau Professor — so behauptete diese selber in ihrer Zeugenausage — die Ingehörsame bei Heimkehr nach 10 Uhr abends nicht hineinzulassen und ihr sowie dem Wächter das durch einen an die Tür geklebten Zettel mitzuteilen. Der wohl von der Frau Professor geschriebene Zettel, den der Verteidiger der Angeklagten, Rechtsanwalt Siegfried Rosenfeld, dem Gericht vorlegte, lautete so:

Der Herr hat kein Dienstmädchen mehr ins Haus gelassen. Wer sich erlaubt, heute (Sonntag, d. 22. d. M.) nach 10 Uhr abends bis zum 23. d. M. 8 Uhr morgens hier am Hause oder an beiden Gartentüren zu klingeln, wird wegen Hausfriedensbruchs verhaftet werden. Wächter! Nicht klingeln, um etwa Dienstmädchen hereinzulassen. Professor Ludwig Manzel, Präsident der Rgl. Stad. d. Kunst.

Frau Prof. Manzel schilderte dem Gericht, wie dann gegen 12 Uhr nachts — sie wisse das genau, denn sie selber habe alles mitangehört — das Mädchen nach Hause gekommen sei und der Wächter zunächst doch zu öffnen versucht habe. Ihm habe sie, die Frau Professor, später gesagt, das sei sehr unverschämte von ihm gewesen. Auf eine Frage des Weichtörschenden, was denn das Mädchen in der Nacht machen sollte, erklärte die Zeugin: „Sie hat ja Verwandte in Berlin; sie konnte ja auch in ein Hotel gehen; ich bin doch nicht verpflichtet, nachts meinen Dienstmädchen aufzuschließen.“ Daß die „Strafe“ — denn als solche habe die Aussperrung wirken sollen — zu hart gewesen sei, meinte sie nicht.

Der Amtsanwalt beantragte, die Geldstrafe von 15 Mk. zu bestätigen. Er sprach von dem Recht der Herrschaft, ihre Autorität aufrecht zu erhalten. Die Aussperrung sei berechtigt gewesen, aus ihr folge kein Recht zu sofortigem Verlassen des Dienstes. Der Verteidiger forderte Freisprechung. Das Mädchen habe von dem Recht, auf die Suche nach einer anderen Stelle zu gehen, nicht übermäßigen Gebrauch gemacht; den diesbezüglichen Angaben der Zeugin Manzel stehe die anderslautende Darstellung der Angeklagten gegenüber. Die durchaus unverschämte Aussperrung müsse unter allen Umständen als ungewöhnliche Härte gelten, die selbst nach der Gefindeordnung durch sofortiges Verlassen des Dienstes abgewehrt werden dürfe. Gegenüber einem 20-jährigen Mädchen werde doch wohl nicht für zulässig erklärt werden sollen, es in einer kalten Februarnacht auf die Straße zu verweisen. Tatsächlich habe dem Mädchen, das nach einem Besuch bei einer Tante sich verspätet hatte, der Wächter angefaßt jenes Zettels die Tür nicht geöffnet. Ein gleichfalls spät heimkehrendes Mädchen aus dem Nachbarhause habe dann die Aussperrung auf der Straße gesehen und über Nacht bei sich aufgenommen. Das Gericht fand erst nach langer Beratung das Urteil und erkannte auf fünf Mark Geldstrafe. Die Aussperrung über

Nacht könne, da sie im voraus als Strafe angekündigt worden war, nicht als ungewöhnliche Härte im Sinne der Gefängnisordnung gelten.

Städtische Einfamilienhäuser in Pichtenberg.

Die Errichtung von Einfamilienhäusern ist von dem Pichtenberger Magistrat in Erwägung gezogen worden. Die Siedelung soll auf dem städtischen Grundstück in der Wulfsheide an der Köpenicker Chaussee im Süden von Karlsruhorst angelegt werden. Um über diese wichtige Vorlage weitere Beratungen und Beschlüsse zu fassen, hat der Magistrat die Bildung einer gemeinschaftlichen Kommission bei der Stadtratsordnungsversammlung beantragt.

Störung der elektrischen Beleuchtung in Charlottenburg.

Montag abend kurz nach 8 Uhr verlöschten plötzlich die elektrischen Straßenlampen in der Berliner Straße sowie die Wogenlampen vor den Geschäften auf der Südseite der Berliner Straße von der Neuen Grolmanstraße bis zum Wilhelmplatz. Es war eine Sicherung der Hochspannung in dem Umsformer, der in der Platzstraße an der Ecke der Krümmenstraße eingebaut ist, durchgebrannt. Das städtische Elektrizitätswerk entsandte sofort Ingenieure und Techniker, die durch Einlegen anderer Hochspannungssicherungen in kurzer Zeit Abhilfe schafften.

Die Ausstellung empfehlenswerter Jugendschriften im Gewerkschaftshause ist heute zum letztenmal von 6—9 Uhr geöffnet. Von Sonnabend an befindet sich die Ausstellung im „Vorwärts“-Gebäude, Lindenstr. 3.

Das Opfer eines Automobilunfalles

wurde der Inhaber der Potsdamer Engrosfirma E. Kampffmeyer, der 33-jährige Kriegsfreiwillige Franz Kampffmeyer beim 2. Gardebattilliereregiment. Er benötigte einen Urlaub, um in Begleitung seines Chauffeurs mit seinem Automobil nach Brandenburg a. S. zu fahren. Als in der Nähe der Gemeinde Gellow auf der Chaussee Kinder spielten, die auf das Herannahen des Kraftwagens nicht achteten, bremste er, um ein Unglück zu vermeiden, das Automobil scharf. Der Wagen fing an zu schleudern und fiel um. Im Sturze wurde er herausgeschleudert und geriet unter das Chassis des Wagens. Dabei zog er sich einen Schädelbruch zu, der kurz darauf den Tod herbeiführte. Der Chauffeur kam mit leichten Lueschungen davon. Auch der Vater des Verunglückten, der frühere Potsdamer Stadtrat Kampffmeyer ist seinerzeit an den Folgen eines bei Fahrland auf ähnliche Weise erlittenen Automobilunfalles gestorben.

Erstickt.

Bei einem Brande in der Stolpischen Straße 47 ist gestern früh eine ältere Frau erstickt. Sie wurde im Schlafzimmer, wo Betten brannten und bei Ankunft der Wehr sämtliche Räume verqualmt waren, leblos aufgefunden. Wiederbelebungsversuche waren leider erfolglos.

In der Paulstraße 6 hatte sich eine Person mit Leuchtgas vergiftet. Die Feuerwehr wurde erst benachrichtigt, als der Tod schon eingetreten war.

Zwei Fischereibrände wurden in der letzten Nacht aus der Weisenaustraße 44/45 und Fruchtstraße 63 gemeldet. In beiden Stellen brannten Hölzer und Immobilien, so daß die Löschzüge längere Zeit zu tun hatten, um die Gefahr zu beseitigen.

Straßenunfall. Von einem Kraftwagen überfahren und getötet wurde am Montag der 43 Jahre alte Kaufmann und Geflügelhändler Leon Ronterer aus der Borchauer Straße 81. Er geriet gegen 8 Uhr in der Großen Frankfurter Straße unter die Räder einer Droschke, die aus der Kropfenstraße herauskam, und wurde so schwer verletzt, daß er auf dem Wege von der Rettungswache, die ihm die erste Hilfe leistete, nach dem Krankenhaus am Friedrichshain starb. Die Leiche wurde beschlagnahmt und nach dem Schauhaufe gebracht.

Kleine Nachrichten. Im Grunewald, im Jagd 122, erschossen hat sich ein unbekannter, etwa 35 Jahre alter Lebensmüder. Es handelt sich um einen Mann aus besseren Kreisen. Die Leiche wurde nach dem Selbstmörderfriedhof in Schildhorn gebracht. — Im Wannsee suchte und fand am Montag eine ältere, etwa 55 Jahre alte Dame den ersehnten Tod. An der Badeanstalt stürzte sich die Lebensmüde in den See und ertrank. Auch ihre Leiche schaffte man nach dem Friedhof bei Schildhorn.

Ein Landsturmman verlor am Sonnabend gegen 5 Uhr abends in Charlottenburg am Rie eine Zigarrentasche aus schwarzem Seehundleder. Gleich darauf hob ein Kollkuttischer dieselbe auf. Er wird gebeten, sie ohne Inhalt zu senden an Gefreiten Gledmann, U. Landsturmabteilung, 2. Kompanie, zurzeit Bachtommando Lantwig.

Arbeiter-Bildungsschule. Der siebente Vortrag des Kurses des Genossen Dunder findet Freitag, den 11. Dezember, statt. Am Donnerstag, den 17. Dezember, abends 1/9 Uhr, findet im Schulsaal eine Hörerversammlung statt. Die Legitimationskarte der Kursteilnehmer gilt als Eintrittskarte, weshalb wir die Genossen bitten, diese Karte aufzubewahren. In der Hörerversammlung wird ein Bericht über den Verlauf des Unterrichtsquartals Oktober-Dezember 1914 gegeben. Sodann soll die Zusammenkunft den Hörern Gelegenheit geben, Beschwerden und Wünsche vorzutragen.

Das Arbeiter-Sportklub Pichtenberg veranstaltet am Donnerstag, den 10. Dezember, abends 8 Uhr, nicht wie gemeldet um 1/9 Uhr, in Steiner's Festsaal (Kronprinzengarten), Frankfurter Chaussee, einen Wohltätigkeitskonzert über das Thema: „Ein Besuch der Kriegsgeschichte in Döpreußen“. Eintritt 10 Pf. Der eventuelle Uebersechszahl für die im Felde stehenden Sportgenossen verwendet werden.

Der Schöneberger Männer- und Frauenchor hält seine Übungsstunde von jetzt ab Donnerstags von 9—11 Uhr im Klubhaus, Hauptstr. 5, ab. Dort findet auch am 10. Dezember die Weihnachtsfeier der beiden Chöre statt.

Gewerkschaftliches.

Vom „Burgfrieden“.

Wie manche Unternehmer den sogenannten „Burgfrieden“ auffassen, beleuchtet der „Proletarier“, das Organ des Fabrikarbeiterverbandes, an einigen Auszügen aus „Farbe und Laß“, dem Zentralblatt der Deutschen Farben- und Lackindustrie. Dieses Unternehmerblatt beschäftigt sich in einem Artikel mit der unterfänglichen Ueberlieferung: „Die werden sich die Arbeitsverhältnisse nach dem Kriege entwickeln?“ mit dem Verhalten der Arbeiterorganisationen während des Krieges. Das Blatt bezieht sich auf einen Artikel des Genossen Braun in der „Neuen Zeit“. In diesem Artikel verweist Genosse Braun darauf, daß die Gewerkschaften nach Ausbruch des Krieges gezwungen waren, einige ihrer Unterstützungen einzufrieren. Diese Tatsache selbst ist unbestreitbar richtig. Ebenso richtig ist aber auch, daß auf anderen Gebieten die Unterstützungen erweitert und ergänzt wurden, und daß die neu übernommenen Verpflichtungen größer waren als die durch die Einschränkungen gemachten Ersparnisse. Das Unternehmerblatt weiß davon allerdings scheinbar nichts, denn es folgert:

„Man sieht hieraus, daß die sozialdemokratischen Gewerkschaften nicht nur keine freiwillige Kriegshilfe aus eigenem Vermögen leisten, sondern daß sie sogar ihre Satzungen drehen und ihren Mitgliedern die statutarisch gewährleisteten Unterstützungen vorenthalten.“

In Wirklichkeit haben die freien Gewerkschaften freiwillige Kriegshilfe in ganz außerordentlichem Umfange geleistet. Nach einer in Nummer 48 des „Korrespondenzblattes“ der Generalkommission veröffentlichten Zusammenstellung haben die freien Gewerkschaften in der Zeit vom 3. August bis 31. Oktober — also in drei Monaten — allein an Arbeitslose 12 766 940 M. Unterstützung ausbezahlt, also mehr als im ganzen Jahre 1913. Außerdem zahlten sie rund 3 Millionen Mark an die Familien der Kriegsteilnehmer aus, obwohl sie dazu nach ihrem Statut keinerlei Verpflichtung haben. Also sie leisten „freiwillige Kriegshilfe“ in weitestem Umfange. Welchen Zweck das Blatt mit seiner eigentümlichen Behauptung verfolgte, zeigt sich am Ende des Artikels. Zunächst wird die Befürchtung ausgedrückt, die Gewerkschaften hielten ihre Gelder zusammen, „um nach Friedensschluß neue Lohnkämpfe heraufbeschwören zu können“. Dann wird gerügt, daß „die bürgerlichen Parteien sich ausschweigen“ und der Kriegsminister „hilfsreiche Hand leistet, indem er die Verbreitung sozialdemokratischer Zeitungen im Heere ausdrücklich zuläßt“.

Am Schlusse aber heißt es: „die Arbeitgeber dürften alle Ursache haben, diesen Verhältnissen ihre volle Aufmerksamkeit zuzuwenden, zumal bei dem jetzigen, reichlichen Arbeitsangebot niemand auf die Mitglieder der sozialdemokratischen Gewerkschaften angewiesen ist“.

Das ist eine runde und nette Aufforderung zur Mäßigung und Aussperrung der organisierten Arbeiter. Und das in der Zeit des „Burgfriedens“, nach dem Kaiserwort: „Ich kenne keine Parteien mehr, sondern nur Deutsche!“ Wahrlich, es gehört sehr viel Mut, und zwar Mut von einer ganz besonderen Sorte, dazu, gerade jetzt die organisierten Arbeiter aus Lohn und Brot bringen zu wollen.

Berlin und Umgegend.

Martin Egel gestorben.

Der Zentralvorsitzende des Verbandes der Brauerei- und Mühlenarbeiter Martin Egel ist in der Nacht zum 7. Dezember plötzlich gestorben. Ganz unerwartet traf diese Trauernachricht seine Mitorganisator im Hauptbüro des Verbandes, aus dem er einige Tage abwesend war, um in einigen Zahlstellen interne Verbandsgeschäfte zu regeln. Anschließend an diese Reise in Verbandsgeschäften besuchte er am Sonntag, den 6. Dezember, seinen nach Brandenburg a. S. zum Militär eingezogenen Sohn. Am späten Abend kam er nach Hause. In der Nacht stellten sich Atembeschwerden bei ihm ein. Um 1 Uhr machte ein Herzschlag seinem Leben ein Ende. Außerlich machte Egel stets den Eindruck eines durchaus gesunden Menschen, doch von Rheumatismus geplagt, hatte er auch mit einer Herzkrankheit wiederholt zu tun. Der Arzt hatte ihm schon oft bringen geraten, einmal auszuweichen; sein Pflichterfüllung ließ das jedoch nicht zu. Seiner Organisation war Egel ein braver Führer und ein leidenschaftlicher und doch klug abwägender Vertreter der Arbeiterinteressen im wirtschaftlichen Kampfe. Bei alledem haben ihn auch die Internen und ihre Organisationsleitung ihre Achtung nicht verlagert. Seit 1891 für den Verband agitatorisch tätig, stand er seit 1904 dem Gau Hamburg als organisatorischer Leiter vor; im Jahre 1907 wählte ihn die Verbandsmittelglieder zum Zentralvorsitzenden. In der Blüte der Jahre, erst 47 Jahre alt, und auf der Höhe seines Schaffens raffte ihn der Tod hinweg. Der Verband verliert an ihm einen geschickten und pflichtgetreuen Führer, seine Kollegen einen treuen Kameraden und wackeren Freund, die deutsche Gewerkschaftsbewegung einen wackeren Kämpfer, dessen sympathisches Wesen und gerader Charakter ihn allgemein geschätzt und beliebt machte. Ehre seinem Andenken!

Die Mechaniker sind gegenwärtig stark beschäftigt. Wie am Montag in der Brancherversammlung ausgeführt wurde, ist die Zahl der arbeitslosen Mechaniker geringer als je. In den mechanischen Betrieben ist reichlich Arbeitsgelegenheit vorhanden, insofern es werden häufig Ueberstunden gemacht. Ein großer Teil der Mechaniker betrachtet das als eine willkommene Vermehrung des Einkommens, ohne daran zu denken, daß durch das Ueberstundenmachen nicht nur die Gesundheit der Arbeiter, sondern auch die Interessen der Allgemeinheit geschädigt werden. Unter diesen Umständen haben die Kollegen, welche in den Betrieben die gewerkschaftlichen Grundsätze vertreten, einen schweren Stand gegenüber den Indifferenten. Das Solidaritätsgefühl zu beleben und zu stärken, war der hauptsächlichste Zweck der Versammlung, deren Besuch aber den Erwartungen nicht entsprach.

Die Lage der Elektromonteur.

Die Arbeitslosigkeit, mit der man zu Anfang des Krieges stark rechnete, ist nicht eingetroffen, vielmehr steht es mit Arbeitsgelegenheit sehr günstig und es wird, nachdem auch noch der Landsturm einberufen wird, in dieser Hinsicht noch günstiger werden. Um so mehr ist es Pflicht der Arbeiter, nicht unter schlechten Lohn- und Arbeitsbedingungen zu arbeiten. Das haben die Angehörigen dieser Gruppe weniger denn je nötig. Nötig aber ist es, die Organisation zu erhalten, das ist auch der Wunsch aller im Felde stehenden, der in ihren Briefen immer wieder zum Ausdruck kommt.

Die Geschäftsdienner und der Krieg.

Eine Versammlung der Hausdiener, Packer, Schaffner, Portiers usw. aus den Kauf- und Warenhäusern, einberufen vom Deutschen Transportarbeiter-Verband, beschäftigte sich am Freitag, den 4. Dezember, mit der Lohn- und Arbeitsverhältnissen dieser Branche während des Krieges. Es wurde festgestellt, daß die Warenhäuser Wertheim und Lieg, die ihren Angestellten bisher Lohnabzüge gemacht hatten, jetzt wieder den vollen Lohn zahlen. Leider machen aber einige Kaufhäuser ihren Angestellten immer noch Gehaltsabzüge; zum Teil sind dieselben sogar mit Militärlieferungen belastet. Diese Firmen sollen — wenn keine Änderung eintritt — der Militärbehörde namhaft gemacht werden. Die Firma A. Wertheim beschäftigt auch in diesem Jahre wieder in den Abendstunden Zuschußarbeiter, welche in der Reichsdruckerei angestellt sind. Das ist bedauerlich, weil genügend Arbeitslose für diese Arbeiten vorhanden sind. Allerdings müßte die Bezahlung der ständigen Zuschußarbeiter jetzt während des Krieges ebenso hoch sein, wie in normalen Zeiten. Erhielten früher die Zuschußarbeiter pro Tag 4,50 und 5 M., so werden dieselben jetzt mit 3 und 3,50 M. abgefunden, ein Lohn, der bei den gestiegenen Lebensmittelpreisen jedenfalls nicht ausreicht ist.

Von den Versammelten wurde der Wunsch ausgesprochen, daß in den Betrieben, wo die Löhne so niedrig sind, auch während des Krieges seitens der Organisation alles getan werden muß, um die Lohnverhältnisse zu verbessern.

Deutsches Reich. Kriegsfürsorge im Baugewerbe.

In Baden ist der Bezirksausschuß für die Arbeitsgemeinschaft im Baugewerbe nach Karlsruhe verlegt und in allen anderen Städten des Großherzogtums sind Ortsausschüsse gebildet worden. Diese wenden sich jetzt durch öffentliche Aufrufe, die in allen badischen Zeitungen bekanntgegeben werden, an die Gemeindebehörden, die

Stiftungen sowie die städtischen und ländlichen Sparkassen. Daburch soll zweierlei erreicht werden: 1. Die Inangriffnahme und Fortführung der Gemeindefürsorge sowie Ermunterung zur Ausführung von Privatbauten; 2. Beschaffung von Bau- und Hypothekengeldern zu einem mäßigen Zinsfuß. Es wird dabei auf das entgegenkommene der Landesversicherungsanstalt Baden gerechnet. Auch die kirchlichen Stiftungen werden herangezogen werden, da ihr Vermögen (die Gelder der sogenannten toten Hand) in Baden ziemlich beträchtlich ist.

Aus Industrie und Handel.

Der englische Arbeitsmarkt im Oktober.

Ein soeben veröffentlichter Bericht des englischen Handelsministeriums über die Lage des Arbeitsmarktes im Oktober zeigt, daß die englische Industrie von der Hochkonjunktur, die Lloyd George als Folge der Fernhaltung Deutschlands vom Weltmarkte für sie erwartet, jedenfalls noch eine ziemliche Strecke entfernt ist. Die Lage ist schlimm genug und hat sich von September zu Oktober nicht wesentlich gebessert.

Der Bericht gründet sich auf Angaben von über 20 000 industriellen Betrieben, die insgesamt über vier Millionen Arbeiter, das sind etwa 48 Proz. der gesamten Industriearbeiterchaft des Landes, beschäftigen.

Der Bericht vergleicht die Zahl der in diesen Betrieben im Juli, im September und Oktober beschäftigten Personen und kommt zu dem folgenden Ergebnis: Beschäftigte Personen männlichen Geschlechts in Prozenten:

| | September | Oktober |
|---|-----------|---------|
| Im Monat Juli beschäftigt | 100 | 100 |
| Noch vollbeschäftigt | 60,2 | 66,8 |
| Mit Ueberzeit beschäftigt | 3,6 | 5,2 |
| Bei eingeschränkter Arbeitszeit beschäftigt | 26,0 | 17,3 |
| Vom Heere u. der Marine schlossen sich an | 8,8 | 10,6 |
| Reiner Beschäftigungsverlust | 1,4 | 0,1 |

Daraus ergibt sich mit aller Klarheit, daß es mit dem Arbeitsmarkt noch recht traurig bestellt ist. Nur 72 Proz. der im Juli vollbeschäftigten Arbeiter waren im Oktober vollbeschäftigt, die short time grifferte noch in erschreckendem Umfang (17,8 Proz.), und wenn die absolute Arbeitslosigkeit trotzdem im Oktober schon kaum größer war als im Juli, so ist das nur zum Teil auf Einführung der short time, zum Teil auf die unablässige Rekrutierung zurückzuführen.

Zufällig decken sich im Oktober die Zahlen für Beschäftigungsrückgang (10,7 Proz.) und für Rekrutierung unter diesen Arbeitern (10,8 Proz.) fast vollständig. Das zeigt in auffälliger Weise die wirtschaftlichen Wirkungen des englischen Systems des freiwilligen Kriegsdienstes: das Heer saugt die Arbeitslosen in sich auf, was ganz naturgemäß auch dazu führt, daß bei notwendig gewordenen Betriebsbeschränkungen zunächst erst solche Arbeiter entlassen werden, die für das Heer brauchbar sind.

Naturgemäß war die Arbeitslosigkeit unter den Frauen eine viel größere. Der Beschäftigungsrückgang nahm ab von 8,4 Proz. im September auf 6,2 Proz. im Oktober. Daneben blieb aber die short time erschreckend groß: sie stellte sich im September auf nicht weniger als 36 Proz. und blieb auch noch im Oktober 26 Proz. Der größte Teil davon entfiel auf die besonders schwer in Witleidenschaft gezogene (und statistisch gut erfaßte) Textilindustrie.

Neben der Textilindustrie erlitten noch die folgenden Gewerbe besonders empfindliche Brutto-Beschäftigungsrückgänge (also Arbeiterentlassungen einschließlich der für das Heer angeworbenen Leute): Fahrrad-, Auto- und Wagenindustrie 17,8 Proz., Ziegel, Steine usw. 15,7 Proz., Baugewerbe 14 Proz., Maschinenbau 12 Proz., Metallindustrie 11,7 Proz., Papier und Druckerei 11,7 Proz., Glas, Porzellan usw. 11,5 Proz., Bekleidungsindustrie 11,2 Proz., Messerschleiferei, Drähte usw. 10,3 Proz.

Die allgemeine Wirtschaftslage ist also keineswegs eine rosige, trotzdem die Zahl der arbeitssuchenden Männer weniger als normal ist. Eine wesentliche allgemeine Besserung des Arbeitsmarktes stellt der Bericht nicht in Aussicht, was für die Industrie und die Arbeiterschaft zwar traurig sein mag, aber — Lord Ritchener gerade recht sein dürfte.

Kriegsprofit. Die Königsberger Walzmühle, ein großes industrielles Unternehmen, konnte in den beiden letzten Jahren den Aktionären keine Dividende zahlen. Für dieses Geschäftsjahr, das am 31. Dezember abläuft, kann sie eine Dividende von 10 Proz. in Aussicht stellen. Sicherlich ist der Hauptprofit in den Kriegsmontaten erzielt worden.

Milchsteuerung. In Köln ist der Preis für das Liter Milch im Kleinhandel seit der Mobilmachung von 22 Pf. auf 24 und 26 Pf. gestiegen. Da die Landwirte zum großen Teil ab 1. Januar von den Händlern 26 Pf. für das Liter verlangen, wird der Preis im Kleinhandel in einigen Wochen auf 30 Pf. gestiegen sein, wenn nicht Einhalt geboten wird. Noch vor drei Jahren kostete die Milch in Köln 18 und 20 Pf. Der Preis für ein Pfund Butter ist seit dem Kriegsausbruch von 1,45 M. auf 1,75 M. gestiegen. Es ist in wenigen Wochen im Preis von 2 M. zu erwarten. Das billigste Ei kostet 12 Pf., für ganz frische Eier werden 20 Pf. bezahlt.

Soziales.

Hoher Verdienst in schwerer Kriegszeit.

Einen bemerkenswerten Beitrag zur Frage der Broterzeugung lieferte eine Behandlung vor dem Kaufmannsgericht Hannover, in der ein Handlungsgehilfe gegen einen Vertreter einer großen Bremer Mühle auf Zahlung einer Gehaltsdifferenz klagte, die durch entstanden war, daß der Beklagte, Kaufmann Georg J., ihm bei der wöchentlich erfolgten Gehaltszahlung die Sonntage in Abzug brachte.

In der Verhandlung wurde von dem Kläger nebenbei erwähnt, daß der Beklagte in der jetzigen Kriegszeit ein bilanzmäßig ermitteltes Einkommen von jeher als 10 000 M. im Monat hat und fast an jedem Samstag 1 M. verdient. Einwas geringer stellte sich der Verdienst des Klägers beim Besuche der Stabskassendirektion neben einem Tagelohn von fünf Mark für jeden verlaufenen Samstag 10 Pf. Provision hielt. Immerhin bezog der Kläger in einem knappen Vierteljahr 4 M. Provision, was einem Verlauf von 1280 Mark entspricht, an der der Beklagte die Kleinigkeit von mehr als 15 000 M. verdient. Der gegen diesen Mann gerichtete Prozeß, der bereits zwei Termine erlitten, wird noch einen dritten sehen müssen.

Sind die Zeitungsverkäufer Danungegehilfen?

Mit der Frage, ob die Zeitungsverkäufer Handlungsgehilfen sind und als solche der Rechtsprechung des Kaufmannsgerichts unterstehen, beschäftigte sich in der Sitzung vom 1. D. das Kaufmannsgericht Hannover, dessen Zuständigkeit die Firma Segler u. Co. in einer gegen diese von einem Zeitungsverkäufer F. einem früheren Artisten gerichteten Klage angezweifelt hatte. Das Kaufmannsgericht Hannover hat, wie bereits früher in ähnlichen Fällen, seine Zuständigkeit ausgesprochen und den Kläg. als kaufmännischen Gehilfen anerkannt, weil er als Zeitungsverkäufer kaufmännische Dienste zu leisten hatte. Diese Entscheidung bedarf sich mit der der meisten übrigen Kaufmannsgerichte. Damit steht auch keineswegs, wie die Klage meint, die Art des Reichsversicherungsamts in Widerspruch, das, wie der Beklagte der beklagten Firma behauptete, die Zeitungsverkäufer nicht als Privatbeamte ansieht und sie deshalb nicht als vertriebsgesperrt anerkennt.

Entschädigung für verlorene Zeugnisse.

Um verloren gegangene Originalzeugnisse handelte es sich in einem Streitfall, der gestern vor der 6. Kammer des Gewerbegerichts zum Austrag kam.

Ein Plakanweiser hatte bei seiner Einstellung der Cines Akt. Ges. eine Anzahl Originalzeugnisse übergeben, die sich zum Teil auf sehr langjährige Stellungen bei auswärtigen Geschäftshäusern bezogen. Die Cines A.G. ging in die Palasttheater-Ges. und in die Deutsche Cines-Ges. auf. Der Plakanweiser wurde von der letzteren übernommen und blieb noch zirka 2 Jahre dort in Beschäftigung. Bei seinem Austritt fanden sich die Zeugnisse nicht vor. Es ließ sich nichts über ihren Verbleib ermitteln. Leider sind die Aussteller der Zeugnisse jetzt, während der Kriegswirren, nicht zu erreichen, so daß der Geschädigte auch keine Duplikate erhalten kann. Er behauptet, auf das bloße Zeugnis der „Cines“ hin sei es ihm unmöglich, eine passende Stellung als Kommerzienrater zu finden. Er beantragte, die Firma zu verurteilen, ihm bis zur Herbeischaffung der Zeugnisse eine Entschädigung von 3 M. pro Tag zu zahlen. Die Firma dagegen beantragte Abweisung. Es sei nicht nachgewiesen, daß sie die Zeugnisse bekommen habe. Wahrscheinlich seien sie bei der geschäftlichen Transaktion verloren gegangen. Für die Papiere aber, die einer anderen Gesellschaft übergeben wurden, dürfe ihr unmöglich eine Haftung aufgebürdet werden. Das Gericht nahm einen anderen Standpunkt ein. Wenn das Personal übernommen werde, müsse auch für deren Papiere gesorgt werden. Es könne einem gewerblichen Angestellten nicht zugemutet werden, sich um die oft nicht klar erkennbaren geschäftlichen Umwandlungen zu kümmern. Daraufhin willigte die Beklagte in die veranschlagte Zahlung von 100 M.

Gerichtszeitung.

Gesekwidriges Urteil.

Bereits am 4. Dezember teilten wir mit, daß der von uns und anderen Zeitungen, z. B. der „Kreuzzeitung“, wieder-gegebene Gerichtsbericht unzutreffend ist, nach dem ein Arbeiter Wingerling wegen Majestätsbeleidigung nicht nur zu 3 Jahren Gefängnis, sondern auch zu 5 Jahren Ehrverlust verurteilt sei. Unsere Nichtigstellung bestätigt die nachstehende vom Ersten Staatsanwalt Chrzjenski uns übermittelte Berichtigung:

„Die in dem Artikel „Ein gesekwidriges Urteil“ vom 3. d. M. enthaltene Angabe:

Das Gericht habe in dem Verfahren gegen den Arbeiter Louis Wingerling wegen Majestätsbeleidigung dem Antrage des Staatsanwalts entsprechend auf 5 Jahre Ehrverlust erkannt,

ist unzutreffend. Der Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte ist gegen den Arbeiter Louis Wingerling weder vom Staatsanwalt beantragt noch vom Gericht erkannt.

Berlin, 7. Dezember 1914.
Der Erste Staatsanwalt bei dem königlichen Landgericht I. Chrzjenski, Oberstaatsanwalt.

22 Zentner Schmutzliteratur.

22 Zentner unzüchtiger Schriften schlammiger Art, die feinerzeit beschlagnahmt worden waren, bildeten die Grundlage einer Anklage, welche gestern die 1. Strafkammer des Landgerichts III unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Plusemann beschäftigte. Angeklagt wegen Verbreitung unzüchtiger Schriften bezw. Beihilfe waren der Buchdruckermeister Emil Grüner aus Bernau und der Satzmeister Genßch ebenda.

Im Sommer d. J. erhielt die Kriminalpolizei Kenntnis davon, daß von einem gewissen Steinbach in Antwerpen fast ganz Europa mit unzüchtigen Schriften meist satirischer und satirischer Art überschwemmt werde, und zwar sollten verschiedene Umstände darauf hindeuten, daß der Vertrieb von Berlin aus stattfinde. Es wurden nun durch ein Heeres von Kriminalbeamten sämtliche Speditoren beobachtet, ferner wurde Nachfrage bei den Postämtern gehalten. Auf diese Weise wurde festgestellt, daß von dem Postamt in Bernau eine Unmenge Bücherpakete in alle Welt hinausgingen. Als Abfender wurde der jetzige Angeklagte Grüner ermittelt, der in Bernau eine kleine Buchdruckerei betreibt. Eine Hausdurchsuchung bei G. hatte ein überraschendes Resultat. In einem geheimen Keller wurden ganze Berge Schmutzliteratur schlammiger Art vorgefunden, die gemogen, über 22 Zentner Gewicht hatten. Es ergab sich, daß Grüner im Auftrage des Steinbach diese Schmutzereien gedruckt und dann hauptsächlich nach Turin, Budapest, Barcelona, Frankfurt a. M. und Wien verfrachtet hatte.

Das Gericht erkannte gegen Grüner auf 6 Monate Gefängnis und 1000 M. Geldstrafe, gegen Genßch auf 50 M. Geldstrafe.

Dienstmädchenqual.

Qualende Gewissensbisse haben das 18jährige Dienstmädchen Auguste Scharnke, welches gestern als Angeklagte vor dem Schwurgericht des Landgerichts I unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Becker sich zu verantworten hatte, zu der Selbstbeuldigung des Meineides getrieben. Sie ist das Opfer ihres Dienstherrn, des Kaufmannes Bronislaw Fungler geworden, gegen den ein Verfahren wegen Verleitung zum Meineide zurzeit nicht möglich ist, da er sich vor Kriegsausbruch zu seiner Erholung nach England begeben hat und jetzt dort als Gefangener festgehalten wird.

Das Mädchen war seit seinem neunten Jahre in der Familie ihres Dienstherrn und ist schließlich den Raststellungen des letzteren erlegen. Fungler hatte gegen seine Ehefrau die Eheverdingung erhoben. Diese erhob Widerklage mit der Begründung, daß ihr Ehemann mit dem Dienstmädchen Ehebruch getrieben habe. In diesem Verfahren wurde letztere als Zeugin über ihre Beziehungen zu ihrem Dienstherrn vernommen und bestritt unter ihrem Eide, daß dieser strafliche Beziehungen zu ihr unterhalten habe. Dieser Eid ist, wie die Angeklagte in ihrer Gewissensnot ihrem Bräutigam gegenüber hat, falsch gewesen. Sie hat dem Bräutigam mitgeteilt, daß sie unter einem Zwange des Fungler gehandelt habe. Dieser habe fortwährend auf sie eingeredet, den Eid zu leisten, auch Drohungen mit körperlichem Zwang ausgeübt, so daß sie in dem Abhängigkeitsgefühl von ihrem Dienstherrn gar nicht anders gefühlt habe, als seinen Weisungen zu folgen, zumal dieser bei der Eidesleistung neben ihr gestanden und kurz vorher in ihrer Gegenwart jeden Versuch mit ihr abgelehnt hatte. — Der Bräutigam des Mädchens hatte von dieser Weisung seiner Mutter Mitteilung gemacht und von dieser erfuhr es durch Zufall Frau Fungler, die in dem Eheverdingungsprozeß mit ihrer Widerklage abgewiesen und als allein schuldiger Teil erklärt worden war. Sie erbat die Strafverfolgung. — Die Angeklagte gab gestern unumwunden zu, einen Meineid unter den geschilderten Begleitumständen geleistet zu haben. Staatsanwalt Kansenberger beantragte das Schuldig, während Rechtsanwalt Dr. Ballin die Freisprechung beantragte; das zur Zeit der Eidesleistung knapp 18 Jahre alt gewesene Mädchen sei gegenüber dem Einfluß und der Suggestion durch ihren Dienstherrn in einer Zwangsituation gewesen, so daß die §§ 51 und 52 des Strafgesetzbuches anwendbar seien. Die Geschworenen gaben ihren Spruch auf Nichtschuldig ab, so daß die Freisprechung erfolgen mußte.

Aus der Fraubewegung. Die Kriegshilfsaktion d Wiener Frauen.

Aus Wien wird uns geschrieben: Sofort nach Kriegsausbruch hat die verschiedene bürgerliche Frauenorganisation beschlossene Kriegshilfsaktion in die Wege zu leiten, die von der Bier Gemeindevertretung übernommen worden und auf alle Frauenorganisationen Wiens ausgedehnt worden ist. Alle großen Frauenorganisationen haben dem Bürgermeister die Aufforderung erteilt, in das Zentraldamenkomitee zu delegieren. Auch die sozialdemokratischen Frauen haben drei Delegierte in dieses Komitee entsandt. Dieses Zentralkomitee ist der Beirat der Gemeinde die Hilfsaktion der Frauen. In jedem Wiener Bezirke arbeiten Frauenarbeitskomitee, das seinen Sitz im Bezirksamt hat, in ei größeren Bezirken wurden zwei solcher Komitees statuiert, das insgesamt 23 Frauenkomitees tätig sind. Durch das Erteilen der Gemeindevertretung ist die Hilfsaktion ein Teil der öffentlichen Hilfsaktion geworden und die amtierenden Frauen sind öffentliche Funktionärinnen geworden. Jede Mitarbeiterin, auch die der Komitee, wird vom Bürgermeister nach Vorlage der Organisationen berufen und beauftragt. Die Leiterinnen der Bezirkskomitees sind Kriegsdarmenrätinnen und genießen alle Rechte der Armeeärzte.

Die Aufgaben der Komitees sind in folgende Ressorts: Arbeitsvermittlung, Auspeisung und Naturalienunterstützung, Sänglingsfürsorge und Erteilung von Auskünften. Außerdem kann das Komitee der Fürsorgezentralen Rathhaus für einmalige oder dauernde Unterstüßungen Petens vorschlagen und ihr Ansinnen empfehlen. Direkte Geldunterstützung gewährt das Komitee nicht.

Die Arbeitsvermittlung übernimmt offene Stellen, für die weibliche Arbeiter gesucht werden, und übernimmt die Anmeldungen der Stellungsuchende. Sehr bald aber mußte sich dem Komitee zeigen, daß es nicht mit genügt, wenn die vorhandenen Stellen besetzt werden können, weil nun eine ganze Reihe von Frauen verdienen müssen, die in Friedenszeiten nie verdient haben und die für sehr viele gewerbliche Arbeiten nicht in Frage kommen können. Es mußte deshalb ein Arbeitsbüro geboten werden, die auch von der ungeschulten Arbeiterin schnell erlernt werden kann. Dazu boten die großen Aufträge des Kriegsministeriums für Stridarbeiten eine Möglichkeit, es sollten für alle Soldaten Schutzhäuben, Wadenstüben und andere Ausrüstungsgegenstände hergestellt und mit der Hand gefügt werden, damit die Wolle nichts von ihrer Dichte verliert und die Gegenstände gut warm halten. Die Gemeinde Wien hat wiederholt große Vorräte angeschafft, die dann von den Frauenarbeitskomitees an die Frauen ausgegeben wurden. Die Stridarbeit wurde zum größten Teil als Heimarbeit geleistet, während zur Anlernung von Arbeiterinnen eigene Nähstuben errichtet werden sind. Es werden heute von den Komitees 2072 Arbeiterinnen und 2456 Stridarbeiterinnen beschäftigt, die in einer Woche fast 9000 Stridarbeiten und 76 000 Wäschestücke herstellen können. Die Arbeiter werden nach den von dem Zentralkomitee vereinbarten Lohnsätzen bezahlt. In den Nähstuben werden nun auch verschiedene andere Arbeiten eingeführt, so das Falten der Papiere für die Herstellung von Papierdecken, die Erzeugung von Gewehrrollen und andere Arbeiten, die gewiß bald nach einer größeren Anzahl von Frauen und Mädchen Arbeit geben werden.

In jedem Komitee befehlt eine Auskunftsstelle für Mutter- und Säuglingschutz. Jede dieser Stellen arbeitet in beständiger Verbindung mit der Berufsberatung, der der Säuglingschutz der Gemeinde Wien unterstellt ist. Eine berufliche Säuglingspflegerin steht der Auskunftsstelle zur Verfügung und berät die Frauen, soweit ärztliche Vorschriften zu befolgen sind. Die Frauen, die die Auskunftsstelle leiten, versorgen die Frauen etwa in einem Spital oder einem Wägenheim und bringen die Kinder, wogegen der Anwesenheit der Mutter in einem Kinderheim unter oder sie besorgen Hausarbeiten und Gehaltenshilfe für die im Hause entbehrenden Frauen. Sie melden das Neugeborene der Eingetragten sofort an, damit das Kind vom Tage der Geburt die staatlichen Unterhaltungsbeiträge erhält, sie versorgen die stillende Frau mit Milch und Speisemilch, vermitteln den stillenden Frauen Geldunterstützungen, wo es notwendig ist, und versuchen den Müttern alles zu vermitteln, was nur gemeindliche oder private Hilfe zu vermitteln vermag.

Auch die große Auspeisungsaktion der Gemeinde, die für die Zeiten der größten Not eine tägliche Auspeisung von 100 000 Menschen vorsieht, liegt in den Händen der Frauenarbeitskomitees. Alle Männer, Frauen und Kinder, die an der Auspeisung teilnehmen wollen, müssen sich bei dem Arbeitskomitee melden und erhalten hier nach der durchgeführten Recherche die Speisefarte für einen Monat ausgehändigt. Die Frauen müssen auch die Verteilung in den Speisestellen überwachen, die Güte des Essens und die Größe der Portionen kontrollieren, alle Beschwerden entgegennehmen und weiter leiten und vor allem entscheiden, wer ausgepeist werden soll und wer nicht.

Ebenso wichtig ist es, daß alle Frauen in das Amtsbüro kommen und sich dort Rat holen können. Die Frauen, die heute allein zurückgeblieben sind, wissen sehr oft in den einfachsten Dingen nicht, was sie unternehmen sollen. Wenn sie nun kostenlos und ausreichende Auskünfte haben können, so ist auch das gewiß wertvoll.

Eine große Arbeit für die Komitees war es selbstverständlich, bis all diese neuen Organisationen geschaffen und durchgeführt worden waren. Es wäre gewiß leichter gewesen, wenn man sich mehr an die bestehenden Organisationen angegeschlossen hätte, aber es ist immerhin ein Beweis der weiblichen Fähigkeiten, wenn es möglich war, in der kurzen Zeit neue Organisationen zu schaffen, die den Anforderungen gerecht werden konnten, die an sie gestellt werden mußten. Und es ist des weitesten gewiß ein Erfolg, wenn eine so große Aktion ausschließlich in den Händen der Frauen ruht. Darin liegt wohl auch der überragende Wert für die Zukunft. Wenn man die Frauen nun in der Zeiten der Not in so intensiver Weise zur Gemeindegemeinschaft heranzieht, so wird man auch in den kommenden Friedenszeiten gewiß ihre Hilfe nicht abweisen können und aus dem Hilfsdienst im Kriege muß das weibliche Recht der beständigen Mitarbeit und Mitberaterung stehen. Darum werden alle Frauenorganisationen, die nun gemeinsam arbeiten, im Frieden kämpfen müssen und gewiß auch kämpfen. Wenn auch nicht alles, was die Hilfsaktion gebracht hat, unseren sozialdemokratischen Forderungen entspricht — wir natürlich eine Arbeitslosenunterstützung nach Genier System jeder Auspeisungsaktion vorgezogen hätten — so arbeiten die sozialdemokratischen Frauen doch so viel als möglich für die Ausgestaltung und Durchführung der Aktion, und sie stellen, wie jeder anerkennt, überall ihren Mann.

Je mehr wir nun im Kriege leisten können, um so schwerer wird man uns die volle politische Gleichberechtigung im Frieden weigern können. Es ist deshalb vor allem zu begrüßen, daß die Hilfsaktion der Wiener Frauen keine private Sache, sondern eine Aktion der Wiener Gemeinde ist, denn dadurch hat sie den Charakter einer öffentlichen und öffentlichen Arbeit erlangt, was für die Frauen von großer Wichtigkeit und Bedeutung ist.

E. F.

Kleine Nachrichten.

Während der Schlacht bei Lodz.

Die Moskauer „Ruhige Slowo“ bringt einige Einzelheiten über die Lage in Lodz während der Zeit vom 18. bis 20. November, als in der unmittelbaren Nähe der jetzt von den deutschen Truppen besetzten Stadt das gewaltige Ringen der kämpfenden Armeen am russischen rechten Flügel einsetzte. Der Kampf bei Lodz — berichtet das Blatt — begann am 18. November. Das Donnern der Ge-

schüsse, das früher von der Ferne hinüberdrang, kam nun mit einem Male näher. Es bebten die Häuser, es klickten die Fensterläden. Die Einwohner liefen aus ihren Behausungen auf die Straße hinaus. Am Abend trafen schon Trübe von Verbundenen und Flüchtlingen aus den umgebenden Dörfern ein. Am 19. November war die Kanonade in Lodz sehr deutlich bemerkbar. Die russische Artillerie stand etwa 2 Werst von der Stadt entfernt und die Schüsse ertönten vom Westen, Norden und Osten. Lodz war hauptsächlich von einem Feuerhorizont in Flammen stand — ringsum brannten die anliegenden Dörfer. Die Straßen der Stadt boten das Bild eines Militär-lagers. Auf den Plätzen waren Zelte aufgeschlagen, standen die Häute der Infanterie, unterbrochen von den Artillerietransporten; an den Straßenenden standen Milizionäre, die die Ordnung aufrecht erhielten. Im Zentrum der Stadt herrschte ein ungläubiges Gedränge. Hierher strömten die Bauern aus den niedergebrannten Dörfern und die Einwohner aus den Vororten zusammen, die durch die dorthin verirrten Bomben fortgeschreckt worden waren.

Ein russischer Soldatenbrief.

Der „Leipziger Volkszeitung“ wird ein Brief in Hebräer-Sprache zur Verfügung gestellt, den ein russischer Soldat kurz vor seinem Tode in Estrepen geschrieben hat. Die Schrift des Briefes ist schlecht, die Rechtschreibung mangelhaft; um so stärker hebt sich der Inhalt ab.

Im Jahre 1914, am 23. August.

Ich schreibe diesen Brief meiner lieben Eltern. Bleiben Sie gesund, mein lieber Vater! Ich sende Ihnen meine Sohnes-Ehrfurcht und in Liebe verbeuge ich mich tief vor Ihnen und wünsche Ihnen, daß Gott, der Herr, Ihnen gute Gesundheit gibt und guten Erfolg von Ihrem Sohn Boris Danilowitsch.

Lieber Vater! Ich bin vorläufig am Leben und Gott sei Dank noch gesund und grüße Euch lieben alle. Meinem Bruder Nischa Danilowitsch sende ich meine brüderliche Ehrerbietung und mit Liebe verbeuge ich mich tief vor Ihnen und wünsche, daß Gott, der Herr, Ihnen gute Gesundheit gibt und guten glücklichen Erfolg. Von Ihrem Bruder Boris Danilowitsch.

Lieber Bruder! Schreiben Sie mit Hilfe über Ihr Ergehen, ob man Sie auch zum Kriege bestimmt oder nicht. Dann schreiben Sie mir schnell eine Antwort, lieber Bruder. Ich bin sehr über Sie im Zweifel, ob man Sie nicht auch zum Kriege nehmen wird. Lieber Bruder! Es ist sehr schwer, im Kriege zu sein. Ich war schon sehr oft in der Schlacht. Die Geschosse schlagen fürchterlich schwer ein und die Kugeln fliegen um einen herum, wie Vienen, so daß sehr viel von uns getötet sind, und ich jede Minute auf den Tod warte und große Angst habe. Sehr oft kommen wir in die Schlacht mit Bajonettkampf.

Lieber Vater! Bitten Sie für mich den lieben Gott, daß ich am Leben und gesund bleibe.

Liebe Eltern! Daß ich von Hause so gar nichts von Euch bis zu mir höre. Der Deutsche ist sehr hart, schlau und durch seine Schlanheit hat er uns nicht wenig von unserm Heere weggenommen. Sehr gut bauen sie die Schützengräben, so daß man gar nicht an sie herankommen kann. Und dann auf Wiedersehen, meine lieben Eltern! Bleibt gesund, und ich wünsche Euch, daß Gott, der Herr, Euch gute Gesundheit gibt und schneller guten Erfolg.

Lieber Bruder! Ich bin sehr unglücklich in den Krieg gegangen.

Lieber Vater! Verzeihen Sie mir, wenn ich Ihnen vielleicht großen Kummer bereitet habe. Bitte, verzeihen Sie mir um Jesus Christus willen, und Sie auch, mein lieber Bruder, verzeihen Sie mir um Jesus Christus willen. Lieber Bruder! Zeit wohl! und lieber Vater, verzeihe mir, und nun auf Wiedersehen, der Euch bekannte Sohn Boris Danilowitsch Turin.

Unter großer Mühe hatten wir 70 Werst feindlicher Erde durchschritten. Drei Städte haben wir ihnen weggenommen, in denen schon Feuersbrunst war.

Und dann begrüße ich noch meinen lieben Onkel. Ich sende dem lieben Onkel Daniel Petrovitsch meinen ehrerbietigsten Gruß und mit Liebe verbeuge ich mich tief vor Ihnen und wünsche Ihnen von Gott, dem Herrn, gute Gesundheit. Und ich grüße auch den lieben Onkel Andrej Wassiljewitsch und sende Ihnen meinen ehrerbietigsten Gruß und mit Liebe verbeuge ich mich tief vor Ihnen. Ich sende auch Grüße meinen lieben Brüdern Konstantin Danilowitsch und Andrej Andrejewitsch. Und auch viele Grüße den lieben Freunden, Met Saweljewitsch und Iwan Saweljewitsch und Wassil Saweljewitsch, und darauf auf Wiedersehen. Ich habe große Sehnsucht nach Euch allen. Euer Bruder Boris.

Ein Meteor.

Eine große Feuerkugel ging am Sonntag über Hamburg dahin. Der Meteor erschien am südöstlichen Himmel, erhellte die ganze Gegend für einen Augenblick bligartig mit grünlichem Licht und verblühte unter Explosion mit bedeutendem Funkenströben. Dem Augenschein nach läßt sich berechnen, daß die Feuerkugel über Berden herabgekommen und in relativ geringer Höhe über dem Erdboden plötzlich explodiert sein muß.

Parteiveranstaltungen.

Reiter Wahlkreis (Friedrichshagen). III. Abteilung. Zahlabend: Mittwoch, den 9. Dezember, bei Katsmann, Wilhelmstr. 118. — Zahl-nacht: Mittwoch, den 9. Dezember, bei Witte Augustin. — Zahl-morgen: Donnerstag, den 10. Dezember, bei Witte Augustin, Franckenstr. 103.

Wilmerdors. Diesmal haben die Zahlabende in den bekannten Zolten statt. Nur der 6. und 7. Bezirk tagen gemeinschaftlich bei Schilling, Lauenburger Str. 20.

Alt-Glück. Heute Mittwoch, abends 8 Uhr, im Jugendheim, Rudower Str. 54: Gemeinsamer Zahlabend.

Adlershof. Der Zahlabend 1914 heute aus. Am Montag, den 14. Dezember, findet eine außerordentliche Generalversammlung statt. Alles Nähere wird durch Handzettel bekanntgegeben.

Köpenick. Der diesmalige Zahlabend findet für alle Bezirke gemeinsam im Stadttheater, Friedrichstr. 6, statt.

Bobsdorf. Heute Mittwoch in Ella Kohl: Mitglieder-versammlung. Tagesordnung: 1. Weihnachtsfeierung für Kinder betreffend. 2. Gemeindevorstandsbericht. 3. Vereinsangelegenheiten.

Kaulsdorf. Unter Zahlabend findet nicht heute, sondern morgen Donnerstag, abends 8 1/2 Uhr, bei Boden am Bahnhof statt. Tagesordnung: Besprechung über die Weihnachtsfeierung der Kinder der im Felde stehenden Genossen und der Arbeitlosen.

Friederichsdorf-Petershagen. Heute: Gemeinsamer Zahlabend bei Krammer am Bahnhof. Besprechung betr. Weihnachtsfeierung.

Zentrum-Miersdorf. Heute Mittwoch in Zeuthen bei Barnof: Mitglieder-versammlung des Wahlkreises.

Nieder-Schöneweide. Der tombinierte Zahlabend aller Bezirke findet in der nächsten Woche am Mittwoch, den 16. Dezember, statt. Einladungen erfolgen durch die Bezirksführer.

Jugendveranstaltungen.

Reinickendorf-Bez. Heute Mittwoch, den 9. Dezember, abends 8 Uhr, findet im Jugendheim, Bachhöfchen 44, ein Vortrag des Genossen Schulz über: „Deutschlands Jugend“ statt.

Eingegangene Druckschriften.

Hörk du nicht den Eifersüchtigen. Zeitgedichte von G. Claudius. Geb. 1 M. A. Jansen, Hamburg.
Relieffarte der Otice von Danzig bis Petersburg — des Schwarzen Meeres einschließlich der Karawellen und des Kaukasus — des Arzgonnen-Waldes und der Gegend von Verdun. Jede einzelne Karte 2 M. Franck, Stuttgart.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Donnerstagmittag: Mild und vielfach heiter, aber sehr unbeständig. Später im Nordwesten wieder stärkere Bewölkung und vereinzelt etwas Regen.

